

GEGEN IMPERIALISMUS UND OLIGARCHIE

DER KAMPF IN DER TÜRKEI

Oktober 1992

Nr.5

WIR SIND IM RECHT WIR WERDEN SIEGEN



Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil.....	3
Interview mit Nilüfer Alcan.....	4
Prozeß gegen Grup Yorum.....	6
Tarifverhandlungen.....	8
Interview mit Stadtverwaltungsarbeitern.....	9
Der Kampf der Beamten.....	11
Kücükarmutlu.....	12
Frauen im revolutionären Kampf.....	14
Politische Gefangene in der BRD.....	18
Buchbesprechung.....	20
Weltwirtschaftsgipfel.....	21
Naher Osten.....	22
Israel.....	23
Kuba.....	24
Informationszentrum für freie Völker.....	25
Konterguerilla.....	26
Kurdistan.....	27

Hamburg: Nach der Wiedervereinigung von Deutschland nahmen die rassistischen und faschistischen Angriffe gegen die in Deutschland lebenden Ausländer zu. Dagegen demonstrierten am 29.9.1992 in Hamburg circa 13000 Menschen. Wir als Devrimci Sol Gücler beteiligten uns neben deutschen Organisationen und Gruppen an dieser Demonstration. Mit einem Redebeitrag informierten wir die Öffentlichkeit über die faschistischen Übergriffe und den tagtäglich wachsenden revolutionären Kampf in der Türkei.



**OFFENE GRENZEN UND
BLEIBE RECHT FÜR ALLE**

OBERES BILD AUF DER TITELSEITE: Demo in Köln zum Jahrestag des Militärputsches vom 12. September 1980. Die Parolen: Schluß mit außergesetzlichen Hinrichtungen! - Schluß mit Massakern und Folter! - Das "Verschwinden" von Menschen muß aufhören!

UNTERES BILD: Massendemonstration in Istanbul im Sommer 92.

Die Parolen beziehen sich nicht nur auf die ökonomischen Kämpfe, sie haben politischen Charakter: Wir sind Arbeiter, wir sind im Recht, wir werden siegen! - Wir sind Beamte, wir sind im Recht, wir werden siegen!

BILD RÜCKSEITE: Kücükarmutlu: Der Widerstand wird von Groß und Klein getragen und organisiert. Die Parolen auf den Transparenten: Kein Raketenstützpunkt sondern Freiheit! - Abriß nur über unseren Leichen! - Den Imperialismus zur Zielscheibe machen, nicht Kücükarmutlu! - Nein zur Räumung der Kondus! - Wir wollen Schulen, keine Räumung!

EIGENTUMSVORBEHALT: Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Diese Zeitschrift ist über diese Anschrift erhältlich:
c/o Infoladen Schwarzmarkt, Paulinenstr.15, 2000 Hamburg 36

v.i.s.d.p.: K.Kayar, Kinkerstraat 48 BG, 1053 DX Amsterdam, Niederlande

PREIS: 3 FL 3 DM 3 SFR 15 ÖS

Unter der DYP-SHP-Regierungskoalition hat die staatliche Repression ein immenses Ausmaß angenommen. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen schweigt die überwiegende Mehrheit der westlichen Medien zu dieser Realität. Fakt ist aber: allein im Zeitraum von Januar bis August 1992 wurden insgesamt 1147 Menschen durch staatliche Sicherheitskräfte ermordet.

- * 248 Menschen wurden ohne Gerichtsurteil hingerichtet.
- * 590 Menschen starben bei bewaffneten Auseinandersetzungen.
- * 255 Menschen starben infolge von Aktionen der Konterguerilla.

Die Täter gingen nach Art und Weise der Todesschwadronen vor, wie sie aus Lateinamerikanischen Ländern bekannt ist. Ihre Identität ist den staatlichen Sicherheitsbehörden angeblich nicht bekannt. 53 Menschen wurden aus "Versehen" (!) erschossen.

Inzwischen verschwinden viele Oppositionelle "spurlos", die sich nachweislich bereits in den Händen von staatlichen Sicherheitskräften befunden hatten.

Der folgende Zeitungsartikel beschreibt eine Operation der Sicherheitskräfte in Ankara am 13. August 1991, bei der zwei Frauen und drei Männer getötet wurden. Sie ist nur eine von vielen aus der letzten Zeit, bei denen Menschen regelrecht hingerichtet werden. Die Anwesenheit von Ministern bei dieser Operation weist darauf hin, daß der Grundsatz, "Gefangene werden nicht gemacht", Regierungspolitik ist.

POLIZEI TÖTET, MINISTER SCHAUT ZU

In Ankaras Stadtteilen Maltepe und Küçükesat führte das Sicherheitsdirektorat in Zusammenarbeit mit der Abteilung für "Terrorismusbekämpfung" einen Angriff auf zwei Wohnungen durch, bei dem zwei Frauen und drei Männer getötet wurden. Vier weitere Personen wurden festgenommen. Bei dem Angriff in Küçükesat waren Innenminister SEZGIN, der Minister für Menschenrechtsfragen Mehmet KAHRAMAN, der Chef der Sicherheitsabteilung Yilmaz ERGUN und der Gouverneur SAHINOGLU anwesend. Der Innenminister nannte die Namen von zwei der Getöteten: Vehbi MELIK und Fatma ÖZYURT.

Nach dem Angriff erklärte der Polizeipräsident von Ankara, Mehmet CANSEVEN: "Durch die Tätigkeit unserer Polizei und der Mithilfe der heimatliebenden Bevölkerung von Ankara konnten wir zwei Wohnungen ermitteln und daraufhin diese Operation durchführen. Wir haben ermittelt, daß die Bewohner in die Morde an dem Abteilungsleiter für Logistik und dessen Fahrer in Adana, sowie des Polizisten in Ankara verwickelt waren."

Gestern morgen um 5.00 Uhr wurde das Haus in Maltepe, Sehit Bahadır Demir Sok. Nr.7 von einem Spezialteam umzingelt. Nach Informationen der Polizei erfolgte dies auf einen Anruf bei der Denunziantennr. 055. Nach dieser Information nahm die Cevik Kuvvet (Spezialteam) das umzingelte Gebiet unter ihrer Kontrolle. Um 5.40 Uhr begann die Operation, die zweieinhalb Stunden dauerte und bei der eine Frau und ein Mann getötet wurden. Unter den vier Festgenommenen befindet sich ein Verletzter.

Ein Mann, der in derselben Straße sein Geschäft hat, erzählte, daß drei Personen des Spezialteams einen jungen Mann zwischen 25 - 30 Jahren ergriffen, ihn auf die Erde zerrten, traten und seine Kleider zerrissen. Er berichtet weiter, daß viele Zuschauer von den Sicherheitskräften sofort in ihre Geschäfte gedrängt wurden und ihnen eingeschärft wurde, daß sie da bleiben müßten.

Nach Angaben der Polizei wurde zeitgleich das Haus in Küçükesat, Ballibaba Sok. 62, in dem sich eine Zelle der Organisation befand, von den Spezialteams Cevik Kuvet, Özel-Tim und der Antiterrorismus-Einheit umzingelt.

Einige Augenzeugen berichteten, daß kurz danach jemand im Haus am Fenster stand und rief: "Es soll jemand aus dem Volk hochkommen und uns rausholen. Wir wissen, daß die Polizei uns töten will. Wenn nicht jemand aus dem Volk kommt, mit dem wir gemeinsam rausgehen, werden wir nicht rauskommen". Die Augenzeugen sagten weiter, daß dieses Angebot von der Polizei nicht beantwortet wurde. Daraufhin wurde das Fenster wieder geschlossen. Nach Beginn der Schießerei riefen die Personen in der Wohnung Parolen wie: "Nieder mit dem Faschismus!"

Während der Angriff unter der Leitung des Sicherheitsdirektors Mehmet CANSEVEN lief, kamen der Innenminister SEZGIN, der General-sicherheitsdirektor ERGUN und der Gouverneur Erdogan SAHINOGLU hinzu.

Zwischenzeitlich nahm Innenminister Sezgin das Megaphon und forderte: "Ergebt Euch!"

Die gesamte Aktion dauerte ungefähr fünf Stunden. Danach erklärte die Polizei, daß zwei Personen tot seien.

Die dritte Person wurde durch Geschosse aus schweren Waffen getötet. Gegen 10.30 Uhr war die Operation beendet. Danach hieß es, alle seien tot. Vorher hätten die Getöteten mit ihrem Blut DEV SOL an die Wand geschrieben.

Die Polizisten gingen mit ihren Funksprechgeräten in der Hand zu den Bewohnern, die sich während der Schießerei voller Panik in ihren Häusern versteckt hatten, holten sie auf die Straße und ermunterten sie mitzujubeln und zu applaudieren. Es mischte sich auch eine kleine Gruppe Unbekannter unter die Bevölkerung, von denen die Nationalhymne angestimmt wurde. Die Bevölkerung rief Parolen wie: "Es lebe die Türkei!", "Die türkische Polizei ist die Größte!", "Wer gegen die Polizei die Hand hebt, dessen Hände sollen gebrochen werden!". Währenddessen feuerte verummte Polizei Salutschüsse aus ihren Gewehrläufen in die Luft ab.

Danach erklärte der Minister für Menschenrechtsfragen, SHP-Mitglied Mehmet KAHRAMAN, daß er selbst während des Angriffs zugegen gewesen sei und mit eigenen Ohren gehört habe, wie die Polizei rief, "Ergebt Euch". KAHRAMAN sagte: "Für ihre Taten haben sie mit dem Leben bezahlt, aber das war nicht geplant. Diese Personen sollten ihre Schuld vor Gericht eingestehen."

Der Minister wurde gefragt, ob die Personen das Feuer erwidert hätten. "Ich habe ständig Schüsse gehört, aber ich weiß nicht, ob von drinnen Schüsse abgefeuert wurden oder nicht. Wir waren sowieso hundert Meter entfernt, um uns nicht selbst zu gefährden."

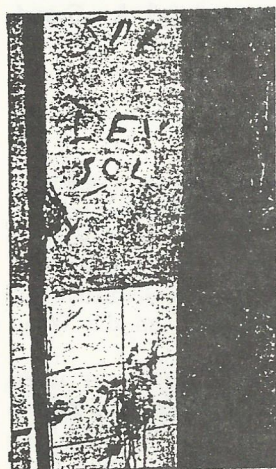
Nach dem Überfall gaben der Menschenrechtsverein, die Sektion des

Menschenrechtsvereins in Ankara und der Zeitgenössische Rechtsanwaltsverein eine Erklärung ab und protestierten gegen diesen Vorfall: "Der Ministerpräsident behauptet, daß in diesem Staat das Recht auf Leben respektiert wird. Heute haben wir das Gegenteil erlebt. Diejenigen, die keine Möglichkeit haben, aus ihren Wohnungen zu entkommen, werden als Leichen herausgetragen. In der Ballibabastraße hat die Polizei bei ihrem Angriff sogar die Häuserwände zerstört. Unter der

neuen Regierung bezahlt man das Recht auf Leben teuer." Eine Gruppe von Rechtsanwälten wollte während des Angriffs zu den Häusern gehen. Das wurde von der Polizei verhindert. Eine Gruppe, die zu ÖZGÜR DER gehört, erklärte: "Dieser Angriff wurde von den Staatssicherheitskräften gemacht."

Das "Rechtsanwaltsbüro des Volkes" erklärte in seiner schriftlichen Erklärung, nachdem der Sturm auf die beiden Häuser erfolgt sei, hätte sich

ein Anrufer, der sich Ali Ekber ÇAKMAK nannte, drei oder viermal telefonisch gemeldet. Er drohte: "So wie in Ankara werden wir auch Euch töten." Er benutzte dabei schlimme Schimpfwörter. Das Rechtsanwaltsbüro hat den Vorsitzenden von Amnesty International in Ankara darüber informiert, und ihn aufgefordert beim türkischen Staat wegen dieser Bedrohungen zu protestieren.



Minister für
Menschenrechtsfragen
Mehmet KAHRAMAN



"DIE MILITÄRDIKTATUR HAT NUR IHR GESICHT GEÄNDERT"

Nilüfer Alcan ist Generalsekretärin von ÖZGÜR DER, dem Verein für Freiheit und Rechte in Istanbul. Wir sprachen mit ihr über die Arbeit von ÖZGÜR DER.

Frage: Nilüfer, kannst Du uns erzählen, zu welchen Themen und wie Euer Verein arbeitet?

Nilüfer: Unser Verein wurde am 2. April 1991 auf Initiative von 83 verschiedenen Organisationen gegründet, unter denen auch TAYAD (der Verein der Angehörigen der Gefangenen) vertreten war. ÖZGÜR DER beschäftigt sich hauptsächlich mit Themen wie Folter, Massakern, der politischen Unterdrückung, Umwelt, Frauen, Versorgung von Waisen, geistig- und

körperlich Behinderten, bis hin zu den Problemen in den "Gecekondus" (die Slumgebiete in der Türkei).

Die Tatsache, daß es in unserem Land Gefängnisse und politische Gefangene, Vermißte und Massaker gibt, veranlaßt uns dazu, unsere Hauptarbeit hierauf zu konzentrieren.

Frage: In welcher Art und Weise arbeitet euer Verein zu diesen sehr unterschiedlichen Themen?

Nilüfer: Es geht darum, verschiedene gesellschaftliche Kämpfe aufzugreifen und antidemokratische Strukturen zu bekämpfen. Zum Beispiel haben die Beamten in der Türkei kein Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wir versuchen dahingehend zu wir-

ken, daß sie dieses selbstverständliche Recht erhalten. Ein anderes Beispiel sind die Arbeitsbedingungen für weite Teile der Bevölkerung. Im März 1992 sind bei einem Grubenunglück in Zonguldak 400 Menschen ums Leben gekommen. Die Regierung nennt so was ein Arbeitsunglück, wir nennen das ein Massaker und versuchen, an diesen katastrophalen Bedingungen etwas zu ändern.

Weiterhin unterstützen wir die Forderung des kurdischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung.

Es gibt in der Türkei keinerlei soziale Absicherung für Behinderte. Wir versuchen, auch dieses Menschenrecht durchzusetzen.

Frage: Wie sieht diese Arbeit praktisch aus?

Nilüfer: Es geht in erster Linie darum, diese Zustände öffentlich zu machen. Dazu machen wir Flugblätter, Plakate und Veranstaltungen. Weiterhin machen wir zu verschiedenen Themen Kampagnen. Dies bedeutet, daß wir z.B. Delegationen organisieren, Forderungen an die Regierung stellen und versuchen auf Gesetzebene Druck zu machen.

Frage: Du hast gesagt, ein Schwerpunkt Eurer Arbeit richtet sich gegen die Massaker, das "Verschwindenlassen" von Leuten und die politische Verfolgung von Oppositionellen. Wie ist denn die aktuelle Situation in der Türkei?

Nilüfer: Es ist mir wichtig zu betonen, daß es diese Zustände in der Türkei schon immer gegeben hat und sich an ihnen durch die neue Regierung nichts geändert hat. Nur die Methoden sind andere. Dazu muß gesagt werden, daß die Regierung von Demirel mit dem Versprechen angetreten ist, daß jetzt endlich die Menschenrechte eingehalten werden. Es gab einen großen Unmut in der Bevölkerung über die Militärdiktatur und deren faktische Fortsetzung durch die letzte Regierung unter ANAP (Özals "Partei Des Rechten Weges"). Demirel wurde hauptsächlich deswegen gewählt, weil er vortäuschte, diese Zustände ändern zu wollen. Tatsächlich aber hat sich an den Zuständen nichts geändert, nur die Methoden sind subtiler und verschleierter geworden. Ich werde versuchen, das an ein paar Beispielen aus den letzten sechs Monaten deutlich zu machen:

- In den letzten sechs Monaten wurden 48 Menschen von der Konterguerilla ermordet. Dabei handelt es sich nur um die, die einzeln erschossen worden sind und unter Brücken oder auf Feldwegen gefunden wurden. Die Ermordeten waren bekannte RevolutionärInnen oder Demokraten, darunter auch drei Journalisten. Alle anderen Morde, wie z.B. an denen, die aus Häusern verschleppt oder bei öffentlichen Veranstaltungen ermordet wurden, sind in dieser Zahl nicht enthalten. Hierbei geht es nur um die von der Konterguerilla ermordeten. Es sind z.B. an Newroz (dem kurdischen Neujahrstag) bei einer öffentlichen Veranstaltung über 100 Menschen ermordet worden.

- Seit dem 6. Mai 1992 werden zwei Personen vermißt. Es sind zwei Studenten, von denen wir wissen, daß sie festgenommen wurden, von denen seitdem aber niemand weiß, wo sie

sich befinden.

Wir sagen, daß die Militärdiktatur nicht zu Ende ist, sondern nur ihr Gesicht verändert hat. Um dies deutlich zu machen, werde ich einige Beispiele nennen:

Es gibt eine Reihe von Sondergesetzen, die zwar nicht aus der Zeit der Militärdiktatur stammen, aber keine zivilen Gesetze sind. Zum Beispiel ist es mit ihnen möglich, bestimmte Dörfer in Kurdistan zu belagern, so daß die dortige Bevölkerung ihr Dorf verlassen muß. Dies ist z.B. der Fall von Sivan, wo von 30.000 Bewohnern jetzt schon 4.000 geflüchtet sind. In diesem Gebiet haben am 30. Juni 1992 zweitausend Menschen gegen die Zustände demonstriert. Diese 2.000 wurden von Spezialteams festgenommen. Dabei blieb es nicht. Auch die in der Umgebung arbeitenden Baumwollpflücker wurden festgenommen. In der folgenden Nacht wurden bei zahlreichen Razzien so viele Menschen festgenommen, daß am Ende die Gefängnisse nicht mehr ausreichten und eine Berufsschule für Mädchen und eine Nähgarnfabrik in Notgefängnisse umgewandelt wurden. Dort wurden die Menschen aneinander gekettet und verprügelt.

Es gibt auch Spezialgerichte, die in der Tradition von Militärgerichten stehen. Vor diese Gerichte kommt man z.B. dann, wenn man vor der Polizei die Aussage verweigert. Es gibt zwar kein Gesetz, das besagt, daß derjenige, der die Aussage verweigert, ein Mitglied einer revolutionären Organisation ist, aber die Handhabung ist trotzdem so.

Das "Gesetz über die Pflichten und die Befugnisse der Polizei" ist noch in Kraft. Dieses Gesetz gibt der Polizei unbegrenzte Befugnisse. Es ermöglicht der Polizei, ohne Schwierigkeiten ganz normale Menschen zu ermorden. Am 18. April 1992 hat die Polizei in Istanbul/Küçük Cekmece einen, aus Angst vor seinem Vater, von zu Hause geflüchteten elfjährigen Jungen ermordet. Sie brauchten als Begründung nur zu sagen, daß er sich in der Nähe eines Militärgeländes verdächtig benommen hätte. Dies ist nur eins von unzähligen Beispielen.

Es gibt das 1991 verabschiedete Anti-Terror-Gesetz, das auch unter der neuen Regierung gilt. Dieses Gesetz dient dazu, die Unterdrückung von Seiten der Regierung zu legitimieren und jede demokratische und revolutionäre Bewegung als terroristisch zu verurteilen und bekämpfen zu können. Durch dieses Gesetz ist es fast unmöglich

geworden, die Folterer anzuklagen und zu verurteilen.

Die Polizei ist durch diese ihr gegebene Macht so hemmungslos geworden, daß sie mit Parolen wie "Nieder mit den Menschenrechten" oder "Die Menschenrechte sind gegen die Polizei" auf der Straße demonstrieren kann.

Frage: Die türkische Regierung vertritt international, daß sie neue Gesetze für die Menschenrechte erlassen hat und die Türkei sich in einem Demokratisierungsprozeß befindet. Das, was Du erzählst, steht dem entgegen. Wie erklärst Du Dir das?

Nilüfer: Diese Gesetze werden zwar verabschiedet, aber in der Realität bewußt nicht eingehalten. Ein Beispiel dafür ist der Art. 38 der Verfassung der Türkei, in dem steht, daß es keine Vorverurteilung geben darf. In der Praxis sieht es so aus, daß die Polizei überall Fahndungsplakate mit Bildern mutmaßlicher Täter aufhängen darf, auf denen "Wir suchen diese Mörder" steht. Dies bedeutet, daß die Polizei in unserem Land faktisch Legislative, Judikative und Exekutive in der Hand hält. Die türkische Regierung versucht, sich vor der Weltöffentlichkeit ein demokratisches Gesicht zu geben. Aber in Wirklichkeit ist sie an einem Demokratisierungsprozeß nicht interessiert. Solange es dieses Anti-Terror-Gesetz gibt, werden alle anderen Gesetze ausgehebelt. Der Terrorbegriff dieses Gesetzes ist so weit gefaßt, daß jegliche Äußerung und jegliches Verhalten, daß sich in irgendeiner Weise gegen den Staat richtet, als terroristisch geahndet werden kann.

Frage: Hast Du uns zum Schluß noch etwas zu sagen?

Nilüfer: Egal, was der Staat an Gesetzen erläßt oder an Unterdrückungsmaßnahmen ergreift, er kann die demokratischen und revolutionären Bewegungen nicht unterbinden. Das weiß der Staat auch. Deshalb versuchen sie, durch Lügen von der Wahrheit abzulenken. Zum Beispiel behaupten sie, daß die Massaker, die sie anrichten, von der Mehrheit des türkischen Volkes unterstützt würden, was keineswegs stimmt. Die Bevölkerung ist auf der Seite der RevolutionärInnen. Zu den Beerdigungen der ermordeten RevolutionärInnen kommen mehrere tausend Menschen. Um dies zu kaschieren, unterbinden sie durch Polizeigewalt die Teilnahme an den Beerdigungen.

Es stimmt, daß es in unserem Land Terror gibt. Aber dieser Terror geht von der Regierung aus.

Die DYP/SHP Regierung hat wieder einmal gezeigt, daß ihre Versprechungen, die Verbote, Zensur und die Unterdrückung der Kultur aufzuheben, nichts als Lügen waren. Wegen der Teilnahme an einer Veranstaltung unter dem Titel "Dieses Leben ist unser - Veranstaltung der Liebe und Freundschaft" am 19. Juni in Eskesehir wurde willkürlich Haftbefehl gegen die Mitglieder von GRUP YORUM erlassen. Diese Entscheidung des Gerichts in Eskisehir verdeutlicht die Politik des Regimes. Jetzt zeigen die Demokratie-Betrüger ihre Ängste, indem sie sogar die Kulturschaffenden und Künstler angreifen. Sie haben eine solche Angst vor unseren Liedern und Tänzen, daß sie sogar die Dias und den Projektor als Beweismittel beschlagnahmt haben.

Aber trotzdem wird GRUP YORUM weiter die Stimme der Völker sein. "Sie versuchen, unsere Lieder zum Schweigen zu bringen, aber sie können die Herzen der Menschen nicht zum Stillstand bringen. Wir widersetzen uns mit unserer kämpferischen Haltung dieser Unterdrückung. Wir sind bereit, den dafür notwendigen Preis zu zahlen." Mit diesen Worten gibt GRUP YORUM die beste Antwort auf diese Angriffe.

DER PROZESS GEGEN GRUP YORUM

Bericht einer niederländischen Delegationsteilnehmerin, die am 12. August den Prozeß in Konya beobachtet hat.

DIENSTAG, 11. AUGUST:

14.00 Uhr: Wir sind jetzt im Ortaköy-Kulturzentrum. Bevor wir nach Konya aufbrechen, haben wir über unsere Vorbereitungen gesprochen.

16.00 Uhr: Die Polizei kommt herein und nimmt alle T-Shirts mit Grup Yorum-Aufdrucken mit.

20.00 Uhr: Mit 3 Autobussen setzen wir uns nach Konya in Bewegung.

MITTWOCH, 12. AUGUST:

06.45 Uhr: Auf der Zufahrtsstraße nach Konya werden wir von der Polizei angehalten. Sie kontrollieren unsere Ausweise. Sie fragen jeden von uns, wohin wir wollen, von wem und weswegen diese Fahrt organisiert wurde. Unsere Antwort: "Wir fahren zum Gericht nach Konya." In den Bussen sind auch die Rechtsanwälte und DelegationsteilnehmerInnen aus dem Ausland (ein Belgier, vier NiederländerInnen, drei Griechen, zwei Schweizer), die ebenfalls am Prozeß teilnehmen wollen. Zu einigen werden Handbewegungen gemacht, mit denen sie uns verängstigen wollen. Als wir von der ausländischen Delegation unsere Ausweise zurückverlangen, geben sie sie nicht. Dann verlangen wir, daß wir die Konsulate unserer Länder informieren können. Dazu sagen sie: "Machen sie den Vorfall nicht so groß, wir kontrollieren nur ihre Ausweise, schicken Telegramme, ob sie gesucht werden und warten auf die Antwort, machen sie keine Panik."

Daraufhin haben wir versucht, von einer Telefonzelle, die sich in der Nähe der Polizeiwache befindet, zu telefonieren. Als wir dort ankommen, sehen wir daß die Polizisten mit ihren Funkgeräten versuchen, die Telefonkabel herauszureißen. Wir versuchen, zu einer anderen Telefonzelle zu gehen. Erst erlauben sie es nicht, dann

lassen sie uns gehen. Wir sind auf der Straße neben der Polizeiwache und setzen uns dort hin, um zu warten. Jemand von der Musikgruppe, der neben uns sitzt, beginnt auf der Gitarre zu spielen. Alle fangen an zu singen. Es entsteht eine gute Stimmung untereinander. Das fällt den Polizisten mit ihren Polizeiknüppeln auf, deshalb kommen sie auch und hören zu.

Neuer Befehl von der Polizei: zur Durchsuchung müssen alle im Bus warten. Das haben wir sehr langsam gemacht. Es dauerte über eine halbe Stunde, bis wir alle im Bus sind. Die Polizei reagiert darauf noch bedrohlicher. Inzwischen kommt auch neue Verstärkung. Während wir warten kommt ein FAX, wir denken, es ist darüber, ob wir gesucht werden oder nicht. Es sind die Fotos der gesuchten Mitgliedern von Grup Yorum. Sie fordern uns auf, uns schriftlich zu äußern, ob wir sie kennen oder nicht. Wir verweigern es und sie bestehen nicht weiter darauf. Trotzdem können wir gehen.

11.15 Uhr: Die Anwälte fordern, am Prozeß teilzunehmen, indem sie ihre Ausweise vorzeigen. Diese Erlaubnis wird erteilt und wir gehen alle rein. Wir sind alle zusammen, ohne uns durchsuchen zu lassen zum Prozeß gefahren.

12.00 Uhr: Wir sind im Gerichtssaal. Dort gibt es ein großes Polizeiaufgebot. Sie haben uns problemlos reingelassen. Der Gerichtssaal ist überfüllt. Es ist so heiß, daß wir nicht richtig atmen können. Die Gitarristin der Musikgruppe verliest eine Prozeßerklärung im Namen der Gruppe. In ihrer gemeinsamen Verteidigung drückt sie aus, daß sie die Stimme des Volkes sind, daß sie dessen Gefühle zum Ausdruck bringen und daß es kein Verbrechen ist, dies zu tun.

Die Rechtsanwälte haben jetzt das Wort. Sie sagen zuerst, daß sie sich der Erklärung von Grup Yorum anschließen und daß der Vorwurf, Grup Yorum würde das Volk zum Aufstand

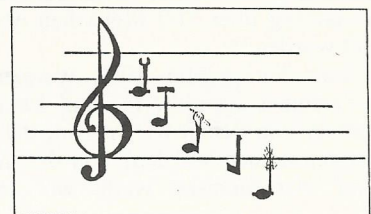
aufrufen, absurd ist. Außerdem ist die Unterdrückung gegen das kurdische Volk ganz konkret, deshalb könne es kein Verbrechen sein zu sagen, daß das kurdische Volk unterdrückt wird. Weiterhin kritisieren sie das Gericht wegen seines undemokratischen Verhaltens gegen die Menschen, die den Prozeß besuchen wollen.

Weiter haben sie kritische Bemerkungen über das Anti-Terror-Gesetz gemacht. Unsere Anwesenheit erweckte Interesse.

Der Staatsanwalt legt keinen Einspruch gegen die Entscheidung, Grup Yorum freizulassen, ein, fordert aber die Weiterführung des Prozesses. Dann gibt es eine Pause.

14.00 Uhr: Der Prozeß geht weiter. Grup Yorum und die anderen sind freigelassen. Nach der Freilassung gehen wir alle zu einem Picknick, wo Grup Yorum für uns singt.

20.00 Uhr: Mit Bussen fahren wir zurück. Wir halten nochmals vor der Polizeiwache, bei der morgens, während sie uns kontrolliert haben, ein Mädchen festgenommen worden ist. Wir wollen sie mitnehmen. Sie befindet sich noch immer in Untersuchungshaft. Das, was uns passiert ist, ist anderen, die mit Bussen oder Zügen aus anderen Städten zum Prozeß gekommen sind, ebenfalls zugestoßen. Wir haben erfahren, daß viele von ihnen festgenommen worden sind die genaue Zahl haben wir aber nicht erfahren. Morgen haben wir ein Gespräch bei den Rechtsanwälten, ich hoffe, daß wir danach mehr Informationen haben. Ich werde weiter berichten, jetzt fahren wir zum Haman, nach 2 Tagen Busfahrt können wir es brauchen.



ERKLÄRUNG VON GRUP YORUM IM PROZESS

Wir sitzen vor diesem Gericht auf der Anklagebank.

Demgegenüber nehmen wir die Haltung ein, mit der alle bedeutenden Errungenschaften in der Geschichte der Menschheit erkämpft wurden.

Wir sitzen auf derselben Anklagebank wie vor uns Phrynicus, Pir Sultan, Paul Robeson, Nazin Hikmet und Victor Jara, wie Tausende, die in den Arenen von Rom, vor Gerichten der Inquisition, in den Kerkern des osmanischen Reiches, den KZs der Nazis und vor antikommunistischen Ermittlungskomitees angeklagt waren. Wir sprechen vom selben Podium, von dem aus auch sie gesprochen haben.

Durch sie erlangten alle menschlichen Werte erst ihre wahre Größe.

Wir werden uns bemühen, dieses Erbe würdig zu vertreten. Wir werden zeigen, daß in diesem Land auch Künstler die Geschichte des Widerstands mitschreiben - trotz aller Finsternis und Gesetzen, die alles Leben zertreten wollen.

Deshalb sind wir hier!

Haftbefehle, Gefängnis, Folter und Unterdrückung können uns nicht brechen. Mit unserer Kunst werden wir auch in Zukunft am Kampf der arbeitenden Massen für eine freie, gleiche und brüderliche Welt, für Demokratie, Unabhängigkeit und Sozialismus teilnehmen.

Wir sind angeklagt,

weil wir von Liebe und Hoffnung singen. Aus dieser Hoffnung, aus den Mühen und dem Schweiß der Arbeiter, entsteht der Klang unserer Lieder. Sie sind da, wo sich die Menschen in den Straßen und auf den Plätzen zusammenfinden.

Wir sind angeklagt,

weil wir die Lieder der Menschen in den Gecekondu singen, die Lieder des leidenden, armen Volks.

Wir sind angeklagt,

weil unsere Lieder die Stimme derer sind, die Tag für Tag die Welt, durch ihre Anstrengungen und Leiden, aufs neue erschaffen. Diejenigen, die in den Häfen auf Arbeit warten, und die, aus deren Reihen sich die Stimmen bei den Demonstrationen erheben.

Wir sind angeklagt,

weil unsere Lieder da sind, wo sich die Fäuste in den Hörsälen erheben, und weil sie denen Kraft zum aushalten geben, die mit ihren Körpern Barrikaden gegen den Feind errichten.

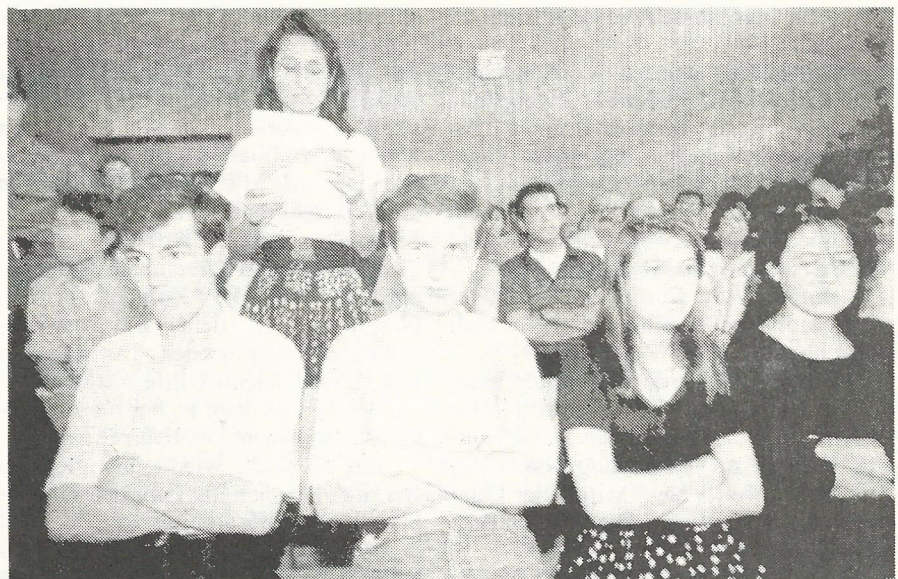
Wir sind angeklagt,

weil unsere Lieder in den zerbombten Dörfern, den von Panzern und Kanonen zerschossenen Städten ertönen, gegen Unterdrückung und Völkermord am Kurdischen Volk.

Wir wiederholen nochmals,

unsere Lieder sind wie die Fahnen, die in den Stellungen gehißt werden, im Kampf auf Leben und Tod gegen den Feind. Unsere Lieder werden im Tal von Konya auf den kargen Feldern gesungen, in den Fabriken, in denen der Schweiß der Arbeiter fließt. Und sie ertönen in den Gecekondu, an den Universitäten und überall dort, wo die Werktätigen zusammenkommen.

*Ein Mitglied von
Grup Yorum verliest
die Prozeßerklärung*



TARIFVERHANDLUNGEN ZWISCHEN DEN ARBEITGEBERN UND DEN GEWERKSCHAFTEN DER STADTVERWALTUNGSARBEITER

Am 17. Februar 1992 haben die Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften der Stadtverwaltungsarbeiter begonnen.

Die erste Aktion war eine zweistündige Arbeitsniederlegung. Später führten die LKW-Fahrer einen LKW-Konvoi durch.

Am 28. Mai wurde die erste "Besuchsaktion" gemacht, und es gab eine Kundgebung vor dem Gebäude der zentralen Stadtverwaltung.

Am gleichen Tag gab es eine Demonstration und eine Kundgebung für die Wiedereinstellung der Arbeiter, die widerrechtlich von der Kagithaner Stadtverwaltung entlassen worden waren. Dies endete mit der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter.

Dieser Sieg hatte die Arbeiter der Stadtverwaltung moralisch bestärkt. Er war eines der besten Beispiele dafür, was gemeinsame Solidarität bedeutet.

Am 23. Juni, dem selben Tag, an dem die Arbeitsniederlegung stattfand, sind die streikenden Arbeiter gemeinsam mit ihren Familien von verschiedenen Punkten aus direkt nach Anakent (zentrale Stadtverwaltung) losmarschiert. Die Polizei griff nicht ein. An diesem Tag kam es zu einer Spontankundgebung mit massenhafter Beteiligung, auf der eine großartige Stimmung herrschte.

Als es bei den Tarifverhandlungen unter Hinzuziehung eines Schlichters zu keiner Einigung kam, wurde am 30. Juli beschlossen, in den Streik zu treten.

Am 3. Juli wurden Vorstandsmitglieder und Mitglieder der Zweigstelle Anadolu vom Bürgermeister M. Ali Büklü und seinen Handlangern angegriffen.

Am 4. Juli wurde ein Vorstandsmitglied einer Zweigstelle und ein Betriebsratmitglied entlassen.

Am 5. Juli wurde eine Kundgebung auf dem "Freiheitsplatz" in Sisli durchgeführt.

Am 7. Juli wurde der Leiter einer Zweigstelle der Gewerkschaft, Hüseyin Acar festgenommen. Gleichzeitig kam es zur Entlassung von 8 Arbeitern, weil sie Mitglieder der TANSA (Staatliche Supermarktkette) Gewerkschaft sind.

Am 8. Juli, versammelten sich die Arbeiter der Kartal-Stadtverwaltung

und marschierten zum Gebäude der zentralen Stadtverwaltung. Hier führten sie eine Pressekonferenz durch. Dort wurde bekanntgegeben, daß die entlassenen Arbeiter in den Hungerstreik getreten sind.

Am 9. Juli gab es eine Demonstration der FEN-Arbeiter zur zentralen Stadtverwaltung, die auch von Arbeitern anderer Abteilungen unterstützt wurde. Dabei verschickten sie Telegramme an den Leiter der Adalet Bakanligi Sube (Abteilung des Justizministeriums), um gegen die Festnahmen zu protestieren und forderten ihre Freilassung.



Am 10. Juli fand ein Sternmarsch zum größten Platz von Kartal statt. An der anschließenden Kundgebung nahm auch die Musikgruppe "Özgür Türküsü" teil.

Am 13. Juli begannen die Arbeiter von Kartal, ihre Familien und die Arbeiter, die gekommen waren, um sich zu solidarisieren, eine Demonstration nach Kartal. Die Polizei hatte Straßensperren errichtet. Die Arbeiter, die die Polizeisperren passieren wollten, wurden angegriffen. Viele Personen, unter anderem die Arbeiter im Hungerstreik, wurden verletzt. Einer 64jährigen Mutter wurde der Arm gebrochen. Als die Polizeiabsperungen nicht durchbrochen werden konnten, begannen die Arbeiter einen Sitzstreik. Nach viereinhalb Stunden, nachdem sie die Zusage für ein Gespräch mit dem Bürgermeister Büklü am kommenden Tag erhalten hatten, beendeten sie ihre Aktion.

Am 14. Juli kam es bei diesem Gespräch zu keinem positiven Ergebnis.

Am 17. Juli, wieder am gleichen Ort, nahmen sich die Familien und die Stadtverwaltungsarbeiter vor, nochmal nach Kartal zu marschieren. Diesmal hatten sich die Arbeiter auf die Polizeisperren vorbereitet. Sie sind keinen

Schritt zurückgewichen und setzten sich den Angriffen der Polizei entgegen. Bei der Versammlung wendete die Polizei Waffengewalt an. Die bis zum Abend gegen 8.50 Uhr andauernde Besetzungsaktion endete mit dem Rückzug der Polizeikräfte und der Beendigung der Besetzung des Arbeitsplatzes.

Am 20. Juli wurde der Gewerkschaftsvorsitzende durch Gerichtsbeschluß aus der Polizeiwache entlassen.

Am 21. Juli versammelten sich die Arbeiter vor Anakent (zentrale Stadtverwaltung) und es wurde der Beschluß gefasst von hier zum Gebäude der SHP nach Taksim zu demonstrieren und eine Besetzungsaktion durchzuführen. Vor der zentralen Stadtverwaltung haben sich ungefähr 5000 Arbeiter versammelt. Als die Absicht der Polizei bekannt wurde, die Demonstration auf jeden Fall zu verhindern, zogen die Gewerkschaften ihren Entschluß zurück. Die Vorsitzenden der Zweigstellen gaben daraufhin bekannt, in kleinen Gruppen nach Taksim zu gehen und die Menge löste sich auf.

Auf dem Versammlungsplatz war niemand vom Gewerkschaftsvorstand zu finden. Zwischen 1000 und 1500 Arbeiter, die den Beschluß der Führung ablehnten, begannen einen Sitzstreik. Bis in die Nacht um 0.30 Uhr wurde das SHP (Sozialdemokratische Volks Partei) Gebäude besetzt gehalten.

24. Juli, 6 Zweigstellen der Gewerkschaft hatten ursprünglich gemeinsam entschieden die Produktion zu stoppen und am 10. Juli eine unerlaubte Kundgebung durchzuführen. Auf Druck der Gewerkschaftszentrale die sich gegen den Beschluß stellte, zogen 4 Zweigstellen den Beschluß zurück. Daraufhin konnte die Kartal-Kundgebung auch nicht durchgeführt werden.

28. Juli, die Hungerstreikenden führen ihren Hungerstreik weiter. Es kam zu einem Gespräch mit dem Bürgermeister Büklü. Das Ergebnis des Gespräches war positiv. Die Arbeiter, die von der Stadtverwaltung entlassen worden waren, haben ihre Arbeit wieder aufgenommen und die Arbeiter, die von TANSA entlassen worden waren, warten auf das Ende der Streik und Tarifverhandlungen, um die Arbeit wieder aufzunehmen.

Interview mit dem VEREIN DER STADTVERWALTUNGSARBEITER IM REVOLUTIONÄREN KAMPF (DMBI)



Frage: Beim Streik der Stadtverwaltungsarbeiter hat sich noch einmal die arbeiterfeindliche Haltung der DYP-SHP Regierung gezeigt. Wie wurde der Streik der Stadtverwaltungsarbeiter organisiert?

Antwort: Bei der Organisation des Streiks wurden zwei Methoden angewandt. Zum einen haben wir die Arbeiter mobilisiert, zum anderen versucht, eine einheitliche Position der verschiedenen Gewerkschaftszweigstellen für die Tarifverhandlungen und die Streikaktionen zu entwickeln.

Die Aktionen der Arbeiter spielen sich auf den verschiedensten Ebenen und in den unterschiedlichsten Formen ab. Wir machen ganz einfache Sachen, aber es gibt auch Initiativen, die einen hohen Organisationsgrad erfordern.

Unsere Initiativen liegen auf einer politischen Linie und verbreitern und radikalisieren sich.

Dies war natürlich keine spontane Entwicklung. Nach jeder Aktion haben wir uns für die nächste besser vorbereitet.

Frage: Welche Rolle hat euer Verein im Widerstand der Arbeiter gespielt?

Antwort: Als es im Verlauf des Streiks zu einer Konfrontation zwischen Arbeitern und der Polizei kam, begannen die Arbeiter, den Staatsterror und die Gewalt ganz offen zu sehen. Es wurde ihnen deutlich, daß nicht nur die Stadtverwaltung gegen sie steht, sondern die gesamte kapitalistische Klasse mit ihrer bürgerlichen Presse, der Polizei und ihrer politischen Macht.

Die gesamten Aktionen und der Widerstand im allgemeinen wurden von Anfang an organisiert durchgeführt. Im Gegensatz dazu waren die Reaktionen der Arbeiter bei den Tarifkämpfen in den vergangenen Jahren eher spontan gewesen. Dies hatte zeitweise zu Rückschritten und negativen Auswirkungen geführt. Beim Streik jetzt haben wir immer genau bestimmt, wann und wo wir initiativ werden wollen. Obwohl der Feind mit seinen gesamten Kräften gegen uns vorgegangen ist, bestand der Erfolg der Arbeiter darin, daß sie bei ihrer Organisation sehr weit vorangekommen sind.

Dann kam von der Regierung ein Streikverbot für 60 Tage. Begründet wurde es damit, die Gesundheit der Bevölkerung sei durch den Müll auf der Straße gefährdet.

Wir haben im Verlauf des Streiks vieles erreicht, aber damit längst noch nicht alle Probleme gelöst. Bei allen Aktionen der Arbeiter hat die Gewerkschaftsführung der Stadtverwaltungsarbeiter (Belediye Is) keinen praktischen Beitrag geleistet.

Ein anderes Problem ist die Unerfahrenheit der Zweigstellen. Sie verfügen über zuwenig Leute und über zu wenig Mittel. Dies erschwert die Organisation der Arbeiter. Deshalb ging die Organisation fast aller Aktionen von den STADTVERWALTUNGSARBEITERN IM REVOLUTIONÄREN KAMPF aus.

Am 17. Juli gab es eine beispielhafte Aktion in Kartal. Dort kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese Auseinandersetzung hatte zwei wichtige Aspekte: Sie war die radikalste Konfrontation mit der Polizei seit dem 12. September 1980. Und - die Bereitschaft der Arbeiter dazu entstand spontan.

Frage: Was wurde durch den Streik erreicht?

Antwort: Der Streik der Stadtverwaltungsarbeiter war wichtig, weil viele sich zum ersten Mal am Streik beteiligt haben.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis war, daß im Streikverlauf für jeden die arbeiterfeindliche Haltung der Regierung ersichtlich wurde, und daß der Staat die Arbeiter zu seinem Werkzeug machen will. Daran wurde der wahre Charakter der DYP-SHP Regierung deutlich. Wir erlebten noch einmal, daß selbst die einfachste Forderung der Werktätigen vom Faschismus angegriffen wird. Sie wollen alle Kämpfe ersticken.

Um in der nächsten langfristigen Etappe erfolgreich sein zu können, ist eine noch stärkere Organisation der Arbeiterklasse erforderlich. Anderenfalls kann man auf die vielfältigen staatlichen Angriffe nicht reagieren, und das Erreichte hat keinen Bestand.

Eine weitere Errungenschaft in diesem Streik jetzt war die Erfahrung mit den Streikbrechern.

Frage: Was bedeutet die Unterbrechung bzw. die Aufschiebung des Streiks durch die Regierung für die Arbeiter? Gab es negative Reaktionen aus der Bevölkerung?

Antwort: Die Aufschiebung des Streiks durch die DYP-SHP-Regierung war vorauszusehen. Sie haben sehr schmutzige Methoden ange-

wendet, um die Bevölkerung gegen die Streikenden aufzuhetzen. Sie haben versucht, die Kleinhändler aufzuhetzen, aber bis auf kleine Vorfälle hat es keine negativen Reaktionen aus der Bevölkerung auf den Streik gegeben. Um die Tatsachen über den Streik an die Bevölkerung zu vermitteln, haben wir Propaganda gemacht und Agitation betrieben. Insbesondere KAM-Sen (Beamte im öffentlichen Dienst), BEM-Sen (Gewerkschaft der Beamten aus der Stadtverwaltung) und SAGLIK-Sen (Gewerkschaft der Beamten aus der Gesundheitsverwaltung). Die Bevölkerung aus den Stadtvierteln besuchte die Streikenden. Wäre der Streik nicht ausgesetzt worden, wäre die Beteiligung der Bevölkerung noch weiter angewachsen.

Frage: Das Urteil, durch das die Aussetzung des Streiks erlassen wurde, behindert Ihren Handlungsspielraum. Wie wollen Sie dagegen vorgehen? Haben Sie schon etwas unternommen?

Antwort: Wie gesagt, dieses Aufschiebungsurteil war zu erwarten. Deshalb haben wir als VEREIN DER STADTVERWALTUNGSARBEITER IM REVOLUTIONÄREN KAMPF bei allen Aktionen und Diskussionen unsere Vorschläge in den Vordergrund gestellt.

Damit haben wir die Streikenden während der Aktionen schon auf die Alternative vorbereitet, im Falle einer Aufschiebung des Streikes nach Ankara zu marschieren. Diese Alternative wurde auch von der Führung von zwei Zweigstellen der Gewerkschaft unterstützt.

Am Tag als der Streik aufgeschoben wurde, traten die Arbeiter nicht zur Arbeit an. Es war auch der Tag, an dem das Streikkomitee zusammentrat.

Man erwartete von diesem Treffen eine radikale Entscheidung, die gleich in die Praxis umgesetzt werden sollte. Bei diesem Treffen war die allgemeine Tendenz, sofort eine Entscheidung zu treffen. Die Mehrheit tendierte zu dem Vorschlag "Marsch nach Ankara". Die Mehrheit der Führungen der Zweigstellen und die zentrale Führung beschlossen jedoch, die Arbeit wieder aufzunehmen. Für einen Großteil der Arbeiter war dies ein Schock und wirkte demoralisierend. Obwohl die Mehrheit der Basis dafür war, wollten die zentrale Führung und, mit wenigen Ausnahmen, die Zweigstellenführungen den offenen Kampf gegen die Regierung nicht akzeptieren. Ihr Zögern und ihre Ängste führ-

ten dazu, daß es zu keinem radikalen Beschluß kam.

Aber das bedeutet nicht, daß alles vorbei ist. Die STADTVERWALTUNGSARBEITER IM REVOLUTIONÄREN KAMPF arbeiten mit den Gewerkschaftsführungen der Zweigstellen zusammen, die den Kampf weiterführen wollen. Wir versuchen alle Revolutionäre, Demokraten, Patrioten und Arbeiter an der Basis, die den Kampf fortsetzen wollen, zusammenzubringen. Wir wollen erreichen, daß sie gemeinsam Druck auf die Gewerkschaftsführungen ausüben. Wir entwickeln auch vielfältige propagandistische Aktivitäten, um auf einen Generalstreik vorzubereiten. Und, wenn die Bedingungen günstig sind, werden wir auch den Marsch nach Ankara durchführen.

Frage: Hatten die Stadtverwaltungsarbeiter auch politische Forderungen?

Antwort: Die Stadtverwaltungsarbeiter haben den Streik mit der Forderung nach Tarifverhandlungen begonnen. Der Streik ist inzwischen aber an einen Punkt gelangt, wo man ihn nicht als ausschließlich ökonomischen Kampf betrachten kann.

Die Arbeiter haben gegen die Angriffe der Regierung und des Kapitals ihre Würde verteidigt. Sie haben sich nicht gebeugt. Sie haben sich für ihren Streik eingesetzt, sie sind Tag und Nacht mit Streikbrechern und Polizei konfrontiert. Sie wurden festgenommen und verletzt, aber sie haben sich nicht einschüchtern lassen.

Als die Aktionen radikaler wurden, sahen die Arbeiter das wahre Gesicht der Regierung. Das führte dazu, daß sie sich immer mehr an den Parolen: "Nieder mit den Parteien des Regimes!", "Schluß mit Folter und Staatsterror!" orientierten. So betrachtet führen sie neben dem Kampf um's Brot auch den Kampf für Rechte, Freiheit und Demokratie. Ab jetzt muß sich der Kampf an diesen Zielen orientieren. Ohne auf ihre Verwirklichung hinzuwirken, ist es fast unmöglich, einen erfolgreichen Kampf zu führen.

Im Kampf gegen den Faschismus ist noch viel mehr Solidarität und moralische Stärke erforderlich.

Das erwarten wir von der Weltöffentlichkeit: **mehr aktive internationale Solidarität.** Grüße an alle Freunde!

Antwort: Wir bedanken uns.

DER KAMPF DER BEAMTEN

Bis 1990 gab es keine gewerkschaftliche Organisation. Wir organisierten uns in Vereinen. Im Juli 1990 haben von unseren Vereinen besonders die Sektionen aus Istanbul von BEM-DEM (Sozialer Hilfs- und Solidaritätsverein der Beamten der Stadtverwaltung) und THD (Verein der Krankenschwestern der Türkei) eine bestimmende Rolle gespielt. Unsere ursprüngliche Forderung war: "Keine Almosen, wir fordern den Preis für unsere Arbeit". Die Bedingungen erforderte eine weitergehende Organisation. Das drückte sich in unserer Parole "Gewerkschaften sind unser Recht, wir werden sie erkämpfen" aus. Die Arbeiter des öffentlichen Dienstes haben diese Forderungen auf die Straße getragen.

Eine Folge davon war, daß sich die Beamten, die bis dahin dem Staat wie Sklaven ergeben waren, veränderten und für sich eine neue Identität eroberten. Resultat dieses Kampfes, der immer organisierte Formen annahm, war die Gründung von Gewerkschaften.

"Das Dach wird uns nicht geschenkt sondern erkämpft". Mit dieser Parole sind wir zu den Massen gegangen und haben uns organisiert. Wir handeln nach dem Prinzip, daß sich Organisation nur im Kampf entwickelt. Wir wissen, daß wir dafür einen hohen Preis zahlen müssen.

Wir haben bei jeder Aktion an der Seite der Werktätigen eine kompromislose Haltung gezeigt. Unsere Gewerkschaften BEM-SEN und SAGLIK-SEN verstehen sich als "Gewerkschaften für die Massen und für die Klasse", das heißt, als revolutionäre Gewerkschaften. Sie sagen: "Das Streikrecht wird durch Streiks erkämpft".

Mit diesem Verständnis haben wir zum ersten Mal in unserem Land Streiks durchgeführt. Als dann gestreikt wurde, haben die Opportunisten, die von sich auch behaupteten, sie wollten revolutionäre Gewerkschaften schaffen, ihr wahres Gesicht gezeigt.

In unserer Praxis spiegelt sich unser Verständnis von Gewerkschaften wieder. Gemeinsam haben wir uns solidarisch gezeigt. Wir haben uns für die Revolution und die Revolutionäre in unserem Land eingesetzt. Wir haben das Erbe der Gefallenen bewahrt. Zu der Repression und den Massakern am kurdischen Volk haben wir nicht geschwiegen. Auf den Plätzen und auf

den Straßen haben wir "Die Völker sind Geschwister" gerufen. Wir waren mit den Arbeitern zusammen. Wir waren auf der Seite der kämpfenden Studenten. Wir haben Protestaktionen gegen den Golfkrieg durchgeführt. Bei dem Besuch Bushs haben wir gegen diesen Hauptfeind der Völker protestiert. Wir sind Teil des revolutionären Kampfes.

Soweit zu unseren Perspektiven und unserer bisherigen Entwicklung.

Die Regierung will Gewerkschaften ohne Streikrecht. So wollen sie unseren Kampf neutralisieren und innerhalb der Grenzen des Regimes halten. Die Beamten haben die verlogene Haltung der Regierung praktisch erlebt, indem all ihren Forderungen mit Verbannung und Strafverfahren beantwortet wurden. Die DYP/SHP-Regierung, die von Demokratie redet, hat ihnen nichts anderes zu bieten.

Als die Arbeiter streikten, haben



"WIR SIND IM RECHT, WIR WERDEN SIEGEN!"

Unsere Praxis läßt sich nicht getrennt vom immer stärker werdenden revolutionären Kampf in seiner Gesamtheit betrachten. Heute sind die Aktionen der Beamten zu einem Thema geworden, daß die öffentliche Diskussion mitbestimmt. Die Kämpfe im Juli 92, in denen zehntausende ihre Stimme für das Recht auf "Gewerkschaften - mit Tarifverhandlungen und Streikrecht" erhoben, sind das Produkt unseres Kampfes. Die Parole: "Wir sind im Recht, wir werden siegen!" war allgegenwärtig.

Die reformistische Haltung der gelben staatlichen Gewerkschaften ist offen geworden. Mit ihnen sollte der Kampf der Beamten neutralisiert werden. Die DYP-SHP Regierungskoalition ist jetzt gezwungen, ihr Versprechen, nämlich das Recht auf Gewerkschaften zu erfüllen.

wir uns selbstverständlich mit ihnen solidarisiert. Wir führten den ersten Solidaritätsstreik in unserem Land durch, unterstützten uns gegenseitig in unseren Streiks und solidarisierten uns. So ist eine neue Qualität des gemeinsamen Kampfes entstanden.

Wir als Beamte handeln mit der Perspektive der Revolutionären Beamten Bewegung, und diesen Kampf begrenzen wir nicht auf unsere eigenen Forderungen. Wir denken auch nicht, daß die Legalisierung unserer Gewerkschaften alle Probleme lösen kann. Wir glauben, daß alle Schichten der Werktätigen durch den gemeinsamen Kampf ihre Zukunft selbst erschaffen werden.

Wir wollen nochmals betonen, nicht als Arbeiter und Beamte, sondern gemeinsam als Werktätige kämpfen wir.

Eine Hamburger Delegation hat vom 4. bis 11. August Küçükarmutlu, ein Gecekonduviertel in Istanbul, besucht.

Küçükarmutlu soll aus verschiedenen Gründen geräumt werden. Dadurch würden mindestens 8000 Menschen ihre Häuser verlieren. Das Gebiet, auf dem Küçükarmutlu liegt, gehörte ursprünglich der Technischen Universität Istanbul. Sie soll das Gebiet an das Verteidigungsministerium übertragen haben, das angeblich das Gelände für Raketenbasen zum Schutz der zweiten Bosphorusbrücke benötigt. Es gibt aber Erfahrungen aus anderen Gecekondu-Vierteln, wo unter dem Vorwand von militärischer Nützlichkeit Gecekondus abgerissen wurden, um hinterher das Gelände anderweitig zu bebauen.

Küçükarmutlu liegt auf einem Hügel direkt über dem Bosphorus und hat eine sehr schöne Aussicht. Deswegen ist zu vermuten, daß auch hier entweder Bürohäuser oder teure Eigentumswohnungen gebaut werden sollen.

In Küçükarmutlu kümmert sich der Staat weder um Wasser und Elektrizitätsversorgung, noch um Kanalisations- und Schulbau. Die in Küçükarmutlu entstandene Infrastruktur haben sich die BewohnerInnen in Selbstorganisation und mit Hilfe von GEYAD (Hilfsverein der Gecekondubevölkerung) geschaffen. Die Selbstorganisation der BewohnerInnen von Küçükarmutlu führte dazu, daß sie sich für ihre eigenen Interessen einsetzten und am Kampf gegen den faschistischen türkischen Staat teilnahmen, der ihnen kein menschenwürdiges Leben erlaubt. So gab es in Küçükarmutlu Demonstrationen gegen den Golfkrieg und Proteste gegen das Massaker der Polizei an 11 Devrimçi Sol KämpferInnen im April diesen Jahres.

Diese Organisation führte dazu, daß der türkische Staat, der es seit eh und je nicht duldet, daß das Volk seine Interessen in die Hand nimmt, Küçükarmutlu mit Repressionen überzog: Seit über einem Jahr ist Küçükarmutlu von der Polizei belagert. Panzer patrouillieren durch die Straßen, die Schulen wurden von der Polizei besetzt und als Wachen benutzt. Bei mehreren großen Polizeioperationen wurden BewohnerInnen verhaftet, wochenlang eingesperrt und gefoltert. Jede Versammlung von Menschen soll verhindert werden und wird als terroristisch bezeichnet. Die BewohnerInnen von Küçükarmutlu aber wissen aus Erfahrung ganz genau, wer wirklich den Terror ausübt. Sie sind entschlossen, ihren Kampf fortzuführen -

für den Erhalt ihrer Häuser und gegen den Terror des türkischen Staates.

Wir sind als Delegation nach Küçükarmutlu gekommen, um die Bevölkerung in ihrem Kampf solidarisch zu unterstützen und um als BeobachterInnen den Lügen und der Hetze des türkischen Staates eigene Berichte entgegenzusetzen.

Daher kommt es uns besonders darauf an, die Organisation und den Umgang der Menschen untereinander zu beschreiben, weil wir überzeugt sind, daß dies für die Stärke und Entschlossenheit des Kampfes in Küçükarmutlu eine große Rolle spielt.

Vor der Polizeibelagerung gab es ein Dorfkomitee, das in allen wichtigen Fragen, die das Gecekonduviertel betreffen, entschieden hat. Außerdem trafen sich einmal im Monat die Erwachsenen, um zusammen über die Situation in Küçükarmutlu zu diskutieren und die nächsten Schritte zu planen. Die Jugendlichen hatten sich zwei Jugendkulturzentren aufgebaut, in denen getanzt, gesungen, gelesen, diskutiert und gespielt wurde.

Außerdem trafen sie sich jeden Sonntag, um sich gemeinsam politisch weiterzubilden.

Mit Beginn der Polizeibelagerung wurde es den BewohnerInnen unmöglich gemacht, sich öffentlich zu treffen. Die Jugendzentren wurden geschlossen. Sobald mehr als ein paar Leute zusammenstehen, kommt sofort die Polizei. Trotzdem konnten und können die Repressionen den Zusammenhalt der Menschen untereinander und die Erfahrung der Organisation nicht zerstören.

Wir konnten dies gleich bei unserer Ankunft erleben: Wir wurden im Haus einer Bewohnerin empfangen. Viele aus dem Gecekonduviertel kamen dazu, begrüßten uns sehr herzlich und berichteten uns über die Lage in Küçükarmutlu, während die Panzer um unser Haus kurvten und mit Suchscheinwerfern in die Fenster leuchteten. Gemeinsam haben sie beredet, wo wir am besten wohnen könnten. Währenddessen haben uns die Jugendlichen das Gecekonduviertel gezeigt. Schon bei diesem ersten Spaziergang brachten uns die BewohnerInnen sehr viel Wärme entgegen. Einige bedankten sich für unser Dasein und erzählten uns über die Repressionen. Die Jugendlichen haben uns den Platz gezeigt, auf dem vor der Belagerung immer gefeiert

wurde.

Schließlich kamen wir zu unseren Familien, bei denen wir eine Woche lang gewohnt haben und von denen wir wie ihre eigenen Kinder aufgenommen wurden. Durch die Kinder unserer Familie freundeten wir uns mit vielen anderen Kindern des Gecekonduviertels an. Die Kinder haben eine bemerkenswerte Klarheit über die Situation und eine starke Haltung. Sie werden von den Jugendlichen betreut und gefördert. Sie lernen von ihnen Volkstänze und Widerstandslieder. Zu unserem großen Erstaunen haben uns zehnjährige Kinder von einer Kinderdemonstration gegen den Golfkrieg oder von Demonstrationen gegen das Schulsystem erzählt. Daß die Kinder in der Lage sind, auf eigene Faust Verantwortung zu übernehmen, haben wir selbst erlebt: Nach einer Ingewahrsamnahme durch die Polizei, haben sie an den folgenden Tagen Wachen an den Eingängen des Viertels organisiert, um alles mitzubekommen und die anderen zu alarmieren, falls dies noch einmal vorkommt. Sie wußten immer, wie sie mit der Polizei umzugehen hatten.

15-jährige konnten berichten, wie sie verhaftet und gefoltert wurden. Dies und die alltägliche Repression bestärkt sie aber noch mehr in ihrer kämpferischen Haltung. Die Jugendlichen haben einen starken Halt untereinander. Sie versuchen, ihre Probleme gemeinsam zu lösen, helfen sich gegenseitig bei der Jobsuche usw.

Die Entschlossenheit, sich gemeinsam gegen Vertreibung und Polizeiterror zu wehren, wird durch dieses Umgehen der Menschen miteinander zu einer Kraft, vor der die Polizei und ihre Auftraggeber Angst haben. Der Widerstand wird nicht nur von den Jugendlichen getragen, sondern reicht von den Kindern bis zu den Alten. Jede Familie in Küçükarmutlu kann von Folter oder Gefängnis berichten, alle sind schon mal mit der Polizei in "Berührung gekommen". Der Zusammenhalt in den Familien ist sehr stark, und wenn eine Schwester, ein Kind oder der Vater wochenlang im Gefängnis sitzt, ist es klar, daß alle davon betroffen sind.

Die Kraft, die aus der Solidarität der Bevölkerung untereinander, aus ihrer Form der Organisation und dem gemeinsamen Bewußtsein über ihre Situation entsteht, ist das wogegen

sich der Polizeiterror im wesentlichen richtet. Menschen, die sich kollektiv ein Bild von ihrer Wirklichkeit machen, gemeinsame Schlüsse daraus ziehen und diese gegen die Interessen der Herrschenden durchsetzen, sind das, wovor diese am meisten Angst haben und wogegen sie mit all ihren Repressionsmethoden vorgehen.

Die Panzer, die Folter, die Drohungen gegen die Bevölkerung von Küçükarmutlu dienen dazu, die Kraft der Organisierung zu zerstören und unmöglich zu machen.

Aber die BewohnerInnen haben das durchschaut. Selbst die Kinder haben uns das so erzählt und setzen jeden Tag ihre Realität dagegen.

Jedes Fest, jedes Singen, jedes Beisammensein und Reden bis spät in die Nacht, an dem wir in dieser Woche teilgenommen haben, war eine Rebellion gegen die von den Polizisten gewollte Grabesruhe. Und wir haben viel gesungen!

In der jetzigen Situation, wo Küçükarmutlu jeden Tag von Abriß be-

droht ist, sind internationale Delegationen absolut wichtig. Einerseits können sie als BeobachterInnen und BerichterstatteInnen versuchen, Öffentlichkeit herzustellen und Druck auf die offiziellen Stellen auszuüben. Andererseits geben sie der Bevölkerung von Küçükarmutlu das Gefühl von Solidarität. Durch die Anwesenheit von Delegationen können die BewohnerInnen sich wieder öfter in größeren Gruppen treffen, was praktisch ihre Organisierung stärkt.

PRESSEERKLÄRUNG DER BEVÖLKERUNG VON KÜÇÜKARMUTLU



"Wir haben außer unseren Herzen keine andere Waffe!"

Wir, die Bevölkerung von Küçük Armutlu erklären, daß wir trotz der jahrelangen Versuche, uns durch den Abriß unserer Häuser und Angriffe zum Verstummen zu bringen jetzt, beim letzten Schlag, den Ihr vorhabt, bereit sind zu sterben. Für uns gab es Tag für Tag nur Repression. Jahrelang habt ihr uns Wasser und Strom verwehrt und unzählige unserer Häuser abgerissen, sodaß wir materiell sowieso am Ende sind. Wir haben nichts zu verlieren. Wir werden das Dach über unserem Kopf und unseren Stolz als Menschen verteidigen - auch wenn es uns das Leben kostet. Seit Jahren leisten wir trotz Repression und gegen alle Ungerechtigkeiten Widerstand für unser Recht auf Wohnen und menschenwürdiges Leben. Ihr bezeichnet uns, die Bevölkerung von Küçük Armutlu, als Terroristen, um eine Begründung für den Abriß unser Häuser

zu schaffen. Aber jedesmal, wenn Ihr eine Operation durchgeführt habt, habt Ihr keine Terroristen vorgefunden, sondern das Volk.

Die türkische und die internationale Öffentlichkeit wissen, daß diese ganzen Lügen nur zur Rechtfertigung des Abrisses dienen. Ihr habt die Sessel, auf denen Ihr jetzt sitzt, nur bekommen, indem Ihr das Volk getäuscht habt. Aber glaubt nicht, daß Ihr trotz der Ungerechtigkeiten, die Ihr seit Jahren gegenüber tausenden von Menschen begangen habt, auf diesen Sesseln sitzen bleiben könnt.

Als der Bürgermeister des Großraums Istanbul, Sözen, die Abrißgenehmigung unterschrieben hat, wußte er ganz genau, daß er damit auch den Polizeiterror gegen die Bevölkerung von Küçük Armutlu unterschrieben hatte. Er tut so, als ob die Operationen, die seit dem 20. Juni gegen uns

laufen, gegen ihn gerichtet wären oder warum haben Sie unterschrieben? Als die ANAP Regierung Sie noch gestern über das Fernsehprogramm von STAR I anschwärzen wollte, haben wir Sie verteidigt. Wer soll Sie wegen Ihrer Verantwortung für die beiden beim Abriß Gefallenen, und der Kinder, die sie zu Waisen gemacht haben, verteidigen? Denken Sie nicht, daß die türkische- oder die internationale Öffentlichkeit Sie verteidigen wird. Glauben Sie, daß durch Ihre Unterschrift das Verteidigungsministerium unseren Platz bekommen wird?

Natürlich sind die Bagger, die für den Abriß nach Küçük Armutlu kommen, eure Bagger, aber die Soldaten, die sie fahren, sind unsere Kinder. Werdet Ihr uns durch unsere Kinder ermorden lassen? Wir schicken unsere Kinder zum Militär, damit sie unser Land gegen Feinde schützen, damit sie unseren Stolz als Menschen schützen. Was ist das für eine Politik, die unsere Kinder gegen uns stellt?

Wir, die Bevölkerung von Küçük Armutlu haben vor der türkischen und der internationalen Öffentlichkeit bewiesen, daß wir Recht haben. Wir rufen die türkische- und die internationale Öffentlichkeit auf, sich gegen den Polizeiterror, der sich gegen uns richtet, zu verhalten. Wir, die Bevölkerung von Küçük Armutlu, erklären der türkischen und der internationalen Öffentlichkeit, solange wir auf dem Boden unseres Landes und im Schatten der Gewehre leben, wird nichts und niemand unsere Häuser abreißen, ohne über unsere Leichen gehen zu müssen.

Die Bevölkerung von Küçük Armutlu

Die Frauen nehmen in der revolutionären Bewegung weltweit einen besonderen Platz ein. Mit ihrer Opferbereitschaft und ihrer Kreativität tragen sie wesentlich zum Befreiungskampf der Völker bei.

Die Ideen von Clara Zetkin, Vera Sassulitsch, Alexandra Kollontai und Rosa Luxemburg haben den Klassenkampf Anfang des 20. Jahrhunderts stark geprägt. Trotz Gefängnis und Exil haben sie, wie ihre männlichen Genossen, am revolutionären Kampf teilgenommen - einige trugen mit ihren großen Ideen noch mehr als die Männer zur Veränderung der Geschichte und Gesellschaft bei. Alle positiven menschlichen Werte haben sie in diesem schweren Kampf an künftige Generationen weitergegeben.

Nach dem zweiten imperialistischen Verteilungskrieg haben sich immer mehr Frauen am Befreiungskampf beteiligt. Und die Aufgaben, die von ihnen übernommen werden, haben sich vervielfältigt. Deutlich sichtbar wird das an den Befreiungskämpfen in den neokolonisierten Ländern. Anfang des Jahrhunderts beschränkten sich die Aufgaben der Frauen hauptsächlich auf theoretische Arbeiten. Inzwischen kämpfen Frauen auch bewaffnet und in führenden Positionen, unter anderem in Vietnam, in den lateinamerikanischen Ländern, in Afrika und anderen, ähnlichen Befreiungskämpfen.

Waren Frauen früher meist in der Etappe tätig, stehen sie jetzt an der Front dem Feind direkt gegenüber. Frauen, die in Palästina, El Salvador oder Nicaragua mit der Waffe in der Hand ihr Leben vollständig dem Kampf widmen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer neuen weiblichen Identität.

Diese Guerilleras lehren die Völker mehr als Bücher voller Theorie.

Die Rolle der Frau in unserem Land wurde durch Unterdrückung und Ausbeutung, durch die geschichtlichen und sozialen Bedingungen geprägt. Ihr Leben wurde bestimmt von Küche, Kindern und Bett. Traditionen, Sitten und herrschende Ideologie der Gesellschaft hielten sie in einem Kreislauf gefangen. Auch wenn bei den verschiedenen Nationalitäten der Bevölkerung Unterschiede bestehen, ist die Rolle der Frau in diesem Rahmen festgelegt. Natürlich war es nicht Sache des Kapitalismus, an der Unterdrückung der Frau etwas zu verändern. Jeder scheinbare Fortschritt in der Geschichte blieb oberflächlicher Natur. Der Kapitalismus zwang die Frau zur Prostitution und steckte sie in die Produktion. Jedoch besteht die

ursprüngliche Rolle der Frau auch unter diesen Bedingungen grundlegend weiter. Auf der Straße ist sie verkäufliches Fleisch, in der Industrie ist sie eine billige Arbeitskraft und in allen Lebensbereichen ein Sexuobjekt. Die politischen Zugeständnisse brachten die Frau keinen Schritt vorwärts, sie blieb unter der Männerherrschaft.

stärkte sich dann die aktive Beteiligung der Frauen. Dies war eine Entwicklung, in der die Frauen um ihre Identität und die Anerkennung ihrer Existenz innerhalb der Gesellschaft kämpften.

Dies führte aber nicht zu einer Beteiligung von Frauen am Kampf in großem Umfang.

Unsere Frauen sind heldenhaft und ohne Furcht, sie sind tapfer und kämpfen Hand oder führen Basisorganisationen gegen die zahlreichen Angriffe der Oligarchen. Organisatorinnen und Kämpferinnen entwickelt. Niemand kann sie mehr in die Knie zwingen oder ihnen irgendwelche Grenzen setzen.

FRAUEN MACHEN G IM REVOLUTIONÄREN

Wie kann in unserem Land die Frau ihre eigene Identität entwickeln? Die Antwort darauf geben die weltweiten Befreiungskämpfe und die Praxis der kämpfenden Frauen in unserem Land. Ihre ideologisch-politische Motivation und Moral hat sich schon im revolutionären Kampf konkretisiert. Täglich zeigt sich, daß die Befreiung der Frauen nicht von gesellschaftlicher Befreiung insgesamt zu trennen ist. Die revolutionären Frauen beweisen in ihrer Lebensweise als Kämpferinnen, daß die Zukunft der Frauen vom revolutionären Kampf und dem Befreiungskampf der Völker nicht wegzudenken ist. Die aktive Teilnahme der Frauen am Kampf verdeutlicht, daß er gerecht ist.

Aber subjektive Befreiung allein reicht nicht aus, um eine jahrhundertalte Herrschaft zu brechen. Hinzukommen muß das Bewußtsein von der Gerechtigkeit des Kampfes, der Richtigkeit seiner Methoden und die Klarheit seiner Ziele. Nur wenn diese Voraussetzungen vorhanden sind, können Frauen alles für diesen Kampf einsetzen, selbst ihr Leben.

In unserem Land sehen wir, daß die Frauen, insbesondere nach den 60'er Jahren, immer aktiver am revolutionären Kampf teilnehmen. Selbstverständlich zog auch schon davor der revolutionäre Kampf die Frauen an. Die Anteilnahme begrenzte sich davor jedoch auf den intellektuellen Bereich. Diese Phase war wichtig, um Erfahrungen zu sammeln, und möglich, weil relative Freiheiten in der Türkei existierten. Ab den 60'er Jahren ver-

In den Befreiungskämpfen aller Unterdrückten müssen die Frauen einen zentralen Platz einnehmen, und dürfen nicht als zweitrangig oder als überflüssig angesehen werden.

In der Geschichte der revolutionären Entwicklung in unserem Land gibt es nicht viele politische Organisationen, die die Frau zu einem wichtigen Teil des Kampfes machten. In diesem Punkt zu behaupten, daß die REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG ab 1971 die Frau zu einem wesentlichen Bestandteil des Kampfes werden ließ, ist nicht übertrieben. Die traditionelle Denkweise vor 71 betrachtete die Frau als "Nebenpersönlichkeit", abhängig von ihrer Stellung als Frau, Schwester, Cousine des Revolutionärs. Nach 71 entwickelte sie sich zu einer unabhängigen Revolutionärin und aktiven Teilnehmerin am Kampf. Hier müssen wir darauf hinweisen, daß die THKP/C (Türkische Volksbefreiungspartei/Front) dafür eine ausschlaggebende Rolle spielte. Diese Organisation war sowohl, was die Anzahl der Frauen in ihr betraf, als auch bezüglich ihrer Beteiligung an den verschiedenen Aufgabenbereichen, den anderen Organisationen mindestens einen Schritt voraus. Jedoch war 71 nur der Anfang, und damit auch, wie alle anderen Anfänge, mit Mängeln und unterschiedlichen Anschauungen behaftet. Auch hier gab es Fehler während der ersten Schritte, die gemacht wurden, um die alten Strukturen aufzubrechen und einen neuen Anfang zu machen. Ziel war es, über die praktische Entwicklung des Kampfes, verbunden

mit der Entwicklung der Massenbewegung, und die Festigung der eigenen Reihen zu einer Beseitigung der Fehler der Vergangenheit zu kommen.

Aber Putsch vom 12. März 1971 ließ eine dialektische Entwicklung innerhalb der Organisation nicht zu. Aber Die physische Vernichtung der Organisation verhinderte die revolu-

*arisch. Sie kämpfen mit der Waffe in der
archie. Sie haben sich zu Führerinnen,
ner traditionellen Rolle gefangen halten*

ESCHICHTE EN KAMPF

tionäre Entwicklung der Frau, wie auch viele andere Entwicklungsbestrebungen. Nach dem 12.März-Putsch wurden die Fehler und Mängel ersichtlicher.

Die KämpferInnen aus der neuen Entwicklung nach '71 fanden keinen Bezug zur revolutionären Entwicklung und gingen in den revisionistischen, rechten Strömungen unter. Trotzdem sind die 71'er-Erfahrungen nicht verlorengegangen. Erst durch sie konnte die Zeit zwischen 74 und 80 eine Sprungbrettrolle für die weitere Entwicklung spielen.

In dieser Zeit kristallisierte sich ein großes Potential von Frauen heraus, welches einen Bezug zum Kampf fand. Zugleich entstanden auch andere Organisationen, die speziell die Frauen auf verschiedenen Gebieten anleiteten und frauenspezifische Politik betrieben. Neben den bürgerlichen Frauencclubs entstanden Organisationen, die die Frauen nicht nur im Kampf gegen ihre Diskriminierung durch die Gesellschaft, sondern auch in den sozialen Befreiungskämpfen führten. Es entstand eine Massenbewegung. Es entstanden Vereine, in denen sich die Frauen in den Slums, in den Fabriken und an anderen Arbeitsplätzen organisierten. Dort machten sie ihre theoretische Ausbildung zu einer Hauptaufgabe. Damit bewiesen sie neben ihrer aktiven Teilnahme am antifaschistischen Kampf, daß sie auch in anderen politisch-revolutionären Bereichen erfolgreich sein konnten. Das wichtigste dabei war, das der Frauen herauszubilden.

Es stimmt zwar, daß sich dieses revolutionäre Selbstbewußtsein immer mehr zeigte, aber wir können nicht behaupten, daß es von Anfang an keine kleinbürgerlichen Mängel und Fehler aufwies. Die Ursachen dafür liegen nicht bei den Frauen, sondern in den sozialen Bedingungen der Türkei, in der objektiven Stellung der Frau in der Gesellschaft wie auch in der herrschenden (männlichen) Ansicht zur Frauenfrage.

Es ist eine logische Wechselwirkung. Die 71'er-Bewegung wurde von den damaligen weiblichen und männlichen RevolutionärInnen, hauptsächlich von der studentischen Seite, als romantische Sache begriffen. Hier könnte man vielleicht behaupten, daß die weibliche Emanzipation eher zu Romantik neigte, doch in Wirklichkeit war es in der gesamten Epoche so. Das ist ein spezifisches Moment, das typisch für die Anfänge revolutionärer Entwicklungen ist.

In der Folgezeit wurden bis 1980 viele Fehlentwicklungen erkannt und überwunden. Als dann die Militärs am 12.September 1980 putschten, war diese Entwicklung zwar noch nicht abgeschlossen, aber die RevolutionärInnen waren handlungsfähig. Die folgende Phase war sehr schwierig und kostete viele Opfer. Diese wurden besonders den Frauen abverlangt. Dies war richtungsweisend für den Kampf. In den Folterkammern und in den Kerkern haben sie mit ihrer starken revolutionären Identität dieses Opfer gebracht. Unter Folter, in den Kerkern und Konzentrationslagern als Frau Widerstand zu leisten, erforderte große Entschlossenheit und eine sehr starke Persönlichkeit. Auch der Kampf draußen erforderte große Opferbereitschaft und Entschlossenheit. Viele Genossinnen haben sich dieser Verantwortung gestellt.

Auch die politische Linie der Organisation hat hierbei eine Rolle gespielt. Aber ihr Wille und ihre Kraft, sich ganz mit dem Kampf zu identifizieren und alles dafür zu geben, hat der Organisation, ihren GenossInnen und dem Kampf die Kraft gegeben.

In den Jahren 86 und 87 sowie danach spielten die Frauen mit dem, was sie auf sich nahmen, für die Weiterentwicklung der Organisation zu einer Massenbewegung eine sehr wichtige Rolle. Die Wurzeln dieser Entwicklung sind in der historischen Entwicklung der revolutionären Frauen zu finden. Die 20-jährigen Erfahrungen trugen auch dazu bei, daß die revolutionären Frauen in allen Bereichen ihre Aufgaben wahrnahmen

und bewältigten. Von Studentinnen bis zu Angehörigen der Gefangenen, von Slums bis zu Fabriken, beteiligten sie sich am stärksten. Wir können nicht leugnen, daß unsere Genossinnen nicht nur zahlenmäßig, sondern auch bei der Bewältigung der revolutionären Aufgaben intensiver als die männlichen Genossen zum Kampf beitrugen. Wir wollen hiermit keine akademische Arbeit niederlegen. Um diese Tatsache der Bewegung nützlich zu machen, müssen wir sie richtig bewerten. Dies sollte nicht als eine Nebensache der Bewegung angesehen werden, sondern als die Sache der Revolution in der Türkei. Die Schlüsse dieser Bewertung sollten den Kampf beschleunigen. Es geht um einen grundsätzlichen Schritt nach vorn. Solange die falschen Anschauungen gegenüber den Frauen nicht verurteilt und in der Praxis nicht überwunden werden, können wir, egal welche Erklärungen wir abgeben, die falsche Linie nicht verlassen. Dies würde sich in unserem politischen Leben widerspiegeln und unsere Entwicklung nach vorn hemmen. Denn das Festhalten an feudalen Anschauungen, die sich in mehreren Strömungen ausdrücken, weist auf die Existenz grundsätzlicher Fehler hin, die die Frauen in ihrer weiteren Entwicklung und ihrer Beteiligung am Kampf hindern.

Die Ursache dieser schlimmen Fehler liegt darin, daß die Frau von der Gesellschaft isoliert und zum Sexualobjekt abgestempelt wird. Es gibt in der Türkei eine kleinbürgerliche Strömung, welche sich "Feminismus" nennt. Sie präsentiert sich als Vertre-



terin des weiblichen Geschlechts und macht die Männer, ohne irgendwelche Klassenunterschiede zu beachten, zum Hauptfeind. Diese Strömung besteht aber nur aus kleinbürgerlichen intellektuellen Komplexen. Aus ihnen wurde eine Theorie gemacht, die noch nicht einmal etwas mit dem Ursprung, auf den sie sich beruft, zu tun hat. Dieser Ursprung liegt bei den "Bourgeoisie - RevolutionärInnen", die sich wenigstens teilweise auf gesellschaftlich-soziale Bedingungen beziehen. Diese Strömung hat sich in die Richtung entwickelt, in der sie die Herrschenden haben wollten.

Auch diese Strömung bewertet die Frau allein über ihr Geschlecht und bewegt sich somit auf der selben Welle wie die Bourgeoisie. Die Propagierung der "sexuellen Freiheit" führte zum Verlust der menschlichen Würde der Frau. Bei der Propagierung dieser wertlosen Beziehungen wurde nach der Vorgabe der Herrschenden verfahren. Der kleinbürgerliche Feminismus, der einen Teil anstelle des Ganzen in den Mittelpunkt stellt und sich durch seine Aktionen sensationell darstellt, ist im Grunde für die Herrschenden keine ernstzunehmende Gefahr. Mittlerweile ging sein größter Teil in der Praxis des Befreiungskampfes unter. Auch wenn seine Theorien von diversen Gruppen angenommen und in die Tat umgesetzt werden, bewirken sie im Grunde nichts mehr. Diese Strömung kann in unserem Land bei der Identitätssuche der Frauen sowie im Befreiungskampf nichts mehr ausrichten.

Der zweite Irrweg läßt sich vom ersten nicht wesentlich unterscheiden. Auch hier wird die Frau als Person sexuell bewertet. Jedoch wird ihr eine begrenzte gesellschaftliche Rolle zugestanden. Trotz einiger ihr zugestandener Aktivitäten bleibt sie in ihrer typischen Frauenrolle. Sie kann auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene nicht unbegrenzt tätig sein, sondern wird von vornherein als Frau abgestempelt und dadurch ausgenutzt. Ihr Platz ist bekannt, ihre Aufgaben sind begrenzt:

"Denn sie gehört ja zum schwachen Geschlecht." Die Köpfe, in denen solche Gedanken ihre Bedeutung finden, sind in der Anschauung auch nicht wesentlich fortschrittlicher als die der herrschenden Klasse, welche der Frau ihre typische Rolle zuweisen. Dadurch ist es auch für eine Organisation nicht möglich, die sich zwar große Ziele zur Aufgabe gemacht hat, aber diese krankhafte Anschauung in sich birgt, ihr Vorhaben zu verwirklichen, egal, wie

sie es in der Theorie bewerten. Doch solange sie die Frau an zweiter Stelle betrachten und belassen, können sie nicht einmal die kleinsten Reformen bewirken. Geschweige denn die Gesellschaft verändern. Dadurch, daß sie sich nicht als eine alternative Kraft



gegenüber den Herrschenden ansehen, können sie auch nicht im Punkt der Gleichberechtigung der Frau frei denken.; denn sie haben Angst davor, daß die Gesellschaft verändert wird und ihre Statuten damit zerstört werden. Deshalb stellen sie für die Herrschenden keine große Gefahr dar, sie begnügen sich damit eine kleine, nicht namenhafte Opposition zu sein. Die Anschauung einer politischen Bewegung gegenüber der Frau und gegenüber der gesamten Gesellschaft ist zugleich das Ergebnis ihrer politischen Haltung im Befreiungskampf der Völker, der Revolution und Machtergreifung. Es ist undenkbar für eine Organisation, die Frauen in ihrer Rolle festzuketten, sie nicht nach ihren Fähigkeiten zu fördern und für sie die wegweisende Kraft zu sein, damit sie sich weiterentwickeln kann. Jegliche Entfaltungsversuche und Möglichkeiten solcher Organisationen sind lücken- und fehlerhaft und alle Aktionen sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn ein wichtiger Teil der oppositionellen Gesellschaft würde dann übersehen oder an die Seite gedrängt.

Sowohl die Fragen, denen der revolutionäre Kampf heute weltweit gegenübersteht und der Zustand in dem sich unser revolutionärer Widerstand befindet, als auch die Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung machen

es notwendig die revolutionäre Sprengkraft der Frauenfrage ernsthaft anzuerkennen. Keine Anschauung und kein Mensch hat das Recht, Frauen zu erniedrigen und sie in irgendeine Rolle zu drängen. Die Befreiungskämpfe der Völker benötigen die Frauen sowohl als Führerinnen als auch als Kämpferinnen. Unsere Frauen sind eine der Hauptkräfte, die sich den Kampf zu eigen gemacht haben und durch ihre Opferbereitschaft und Kampfbereitschaft führend sind. Das haben sie bewiesen, dafür stehen unsere Märtyrerinnen.

Sie sind für uns wegweisend und haben die Oligarchie und die bürgerliche Presse in eine Lage gebracht, welche diese nicht begreifen und durch unsinnige Theorien und psychologische Bewertungsversuche zu retten versuchen. Aber egal, was sie machen, sie können die historische Tatsache aus den Augen der Massen nicht verdrängen und auch nicht die Rolle der Kämpferinnen auf dem Weg zur Befreiung vertuschen. Keine Kraft kann das Bild der Genossinnen Sabo und Eda, wie sie mit der Waffe in der Hand hunderten von Folterern gegenüberstanden und die revolutionäre Fahne aus dem Fenster hängten, aus der Erinnerung löschen. Keine Kraft kann Esma, die mit ihrem eigenen Blut "Devrimci Sol" an die Wand schrieb, in Vergessenheit geraten lassen. Keine Kraft kann die tapfere Haltung von Olcay, von Perihan und Fintoz, die stundenlang gegen eine Übermacht kämpften, leugnen. Keine Kraft kann Hamiyet, die die Bestrafung von Folterern als ehrenvolle Aufgabe ansah und mit der Waffe in der Hand gegen eine Militäreinheit Widerstand leistete, wegwischen. Die Sabos, Edas, Olcays, Hamiyets, Fintoz, Esma und andere Revolutionärinnen gelangten nicht durch Zufall in ihre Positionen. Niemand schenkte ihnen die Führerschaft, die Organisations- und Kampfbereitschaft. Alles wurde gegen die klassisch-feudalen Männerköpfe und Anschauungen kämpferisch gewonnen. Sie bewiesen sich in dieser Entwicklung, die nicht mehr aufzuhalten sein wird. Andernfalls können sich die Frauen weder als führende noch als kämpfende Person entwickeln. Diesen Kampf müssen unsere Frauen innerhalb der Organisation austragen. Wir sollten wissen, daß der Kampf nicht einfach sein wird. In jeder Phase des Kampfes und auch in jeder Tätigkeit, die sie ausführen, werden sie mit Schwierigkeiten konfrontiert sein. Doch sollten sie immer auf ihrer Identität als Frau

bestehen und keine Zugeständnisse zu machen!

Genossin Sabo

22 Jahre führte Genossin Sabo in jeder Hinsicht ein sehr beispielhaftes Leben. Unsere Genossen sollten es sich zum Vorbild machen. Das Leben von Sabo sowohl als Frau als auch als Revolutionärin sollte mehrmals geschrieben werden. Ihr Weg, angefangen als einfache Militante bis hin zur Führerin, war mit Schwierigkeiten übersät. Auf diesem Weg hat sie sich als eine kämpfende Frau bewiesen. Dies geschah nur durch ihre Entschlossenheit und revolutionäre Lebensart und ihre kämpferische Persönlichkeit. So gesehen war sie nicht nur für die Frauen ein Vorbild, sondern für die ganze Bewegung. Sie nahm ihre Aufgaben nicht nur als Frau wahr, sondern auch als eine Persön-

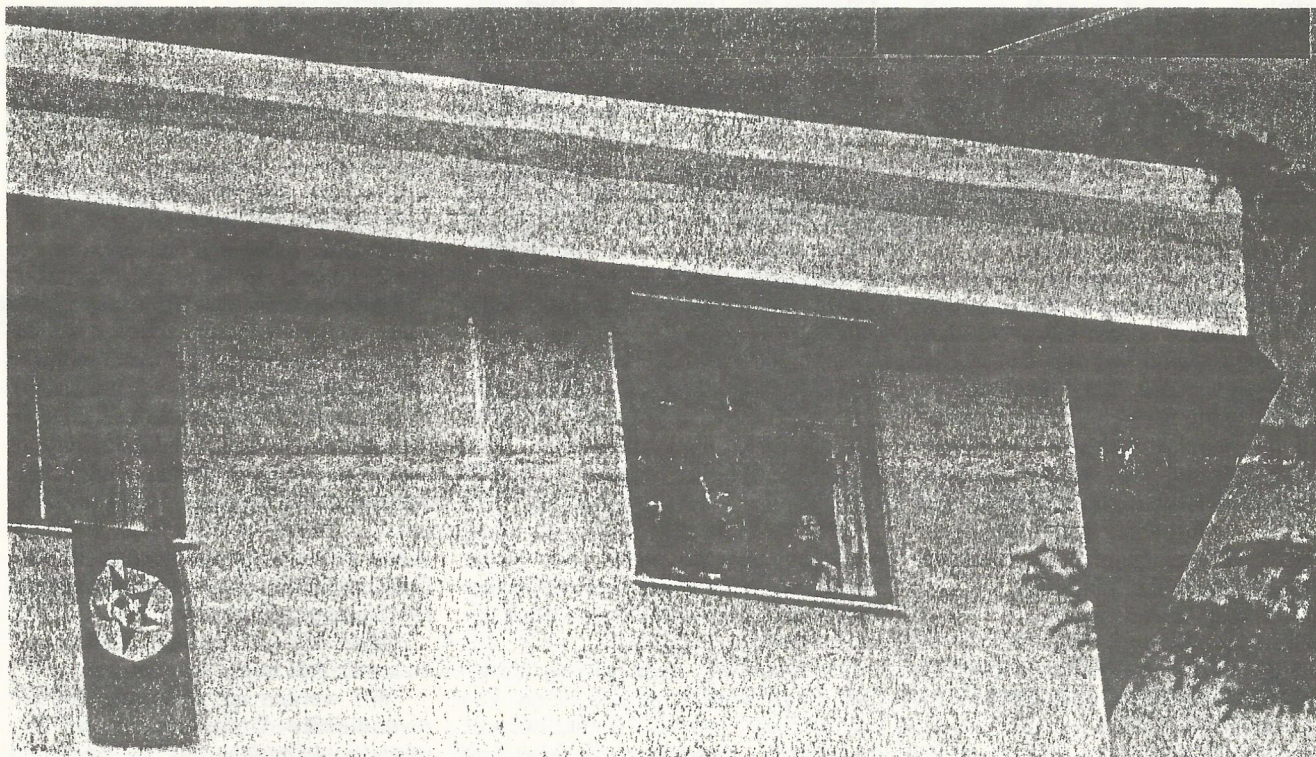
ähnliches. Als Revolutionärinnen sind unsere Frauen kein bißchen schwächer als Männer und können nicht als Sexualobjekte betrachtet werden.

Genossin Eda

Auch das Leben von Eda bietet dafür viele Beispiele. Sie akzeptierte keine Aufgabe als Männerarbeit. Dieser Gedanke war ihr fremd. Sie führte sämtliche Aufgaben, die sie übernahm, vollständig aus. Eda war keine Feministin, sie war eine Revolutionärin. Sie sah sich als Frau wie als Revolutionärin. Wer sich nicht stark genug fühlt, um die Aufgaben zu bewältigen, die sie übernahm, ist auch nicht imstande, ein revolutionäres Leben zu führen. Unsere Frauen sind in ihrer Opferbereitschaft nicht minder wertvoll wie unsere Männer. Eher das Gegenteil.

von Fintoz, die entschlossen war, aus dem Ausland in den direkten Kampf einzutreten, stellt die Identität unserer Genossinnen dar. Darauf ist unsere Bewegung stolz.

Ja, unsere Frauen sind heldenhaft und furchtlos, unsere Frauen sind tapfer und kämpferisch. Und dies ist nur ein Teil der gesamten Bewegung, der sich an der Front widerspiegelt. Unsere Frauen sind nicht mehr die, deren Platz an "unserem Eßtisch nach unserem Ochsen kommt". Mal kämpfen sie mit der Waffe in der Hand, mal führen sie Massenorganisation gegen Angriffe der Oligarchie. Sie sind die Führerinnen, Organisatorinnen und Kämpferinnen. Niemand kann sie in irgendeine Form zwingen und ihnen irgendwelche Grenzen setzen. Wer dies versucht, wird sich außerhalb der revolutionären Entwicklung wieder-



lichkeit, die gegen jegliche Schwäche wie z.B. Liberalismus, Feigheit und Verrat sowie Doppelmoral und Lügen kämpfte. In jeder Situation, in der sie sich befand, standen die Ziele der Bewegung an erster Stelle. Sie strich "nein, nicht machbar" aus ihrem Wortschatz. In jeder Situation fand sie einen Ausweg, selbst wenn sie allein und ganz auf sich gestellt war, wußte sie die Interessen der Bewegung zu verteidigen. Da, wo es wichtig war, sprang sie heldenhaft, tapfer und ohne zu zögern an die vorderste Stelle. Sie befreite sich von der herrschenden Ideologie, Frauen wären schwach oder

Hamiyet, Olcay, Esma, Fintoz...

Für Hamiyet war ihre Organisation ihre Familie. Für sie standen die Bewegung und ihre Aufgaben an erster Stelle.

Olcay, brach alle ihre alten Beziehungen ab und widmete sich nur der Bewegung. In ihr machten sie ihre wirkliche Entwicklung und erlebten ihre wahren Gefühle.

Der Widerstand, den Esma als eine Devrimci Sol-Kämpferin den Folterern leistete, die schon immer die Persönlichkeit und den Stolz der Frau brechen wollten, oder das Bestreben

finden. In allen Bereichen des Lebens und in der Führung des Kampfes haben sie das Unmögliche zum Möglichen gemacht und Wunder vollbracht. Die Frauen, die sich ihrer Kraft mittlerweile bewußt sind, kann niemand mehr vom Ablauf der historischen Ereignisse zurückdrängen. Dies werden weder unsere Bewegung noch unsere Frauen zulassen.

Und der Beitrag der Frauen macht unseren Kampf noch schöner. Und wir wissen, daß es noch hunderte von Genossinnen gibt, die den Kampf stärker und schöner machen!

Am 20.6. demonstrierten in Bonn etwa 2000 Menschen für die sofortige Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und die Freiheit aller politischen Gefangenen in der BRD. Auch Nilüfer Alcan war eingeladen, auf der Kundgebung zu sprechen, konnte jedoch nicht rechtzeitig nach Deutschland kommen. Nachfolgend dokumentieren wir den Redebeitrag von Eva Haule, Gefangene aus der RAF, der auf der Abschlussskundgebung von ihrer Schwester verlesen wurde:

DIE GEFANGENEN MÜSSEN RAUS - DER KAMPF IST NOCH LANGE NICHT AUS! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN WELTWEIT!

Wir grüßen alle, die heute zur Demonstration für unsere Freiheit gekommen sind.

Ex-Justizminister Kinkel sagte klar und deutlich zu den Bedingungen unserer Freilassung: "Das Gewaltmonopol muß beim Staat bleiben!", und was er damit meint, zeigte sich auch gleich:

seine erste Äußerung als neuer deutscher Außenminister war, daß die Bundeswehr in Zukunft auch außerhalb des NATO-Gebiets eingesetzt werden muß; seine erste Amtshandlung war die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an den türkischen Staat und es soll keinen effektiven Widerstand mehr hier geben.

Wir wollen an dieser Stelle den kämpfenden Menschen aus Kurdistan und der Türkei unsere ganze Solidarität schicken, und wir tun das in dem Bewußtsein, daß die Einheit der Kämpfe heute notwendiger denn je ist, und daß es die Aufgabe des Widerstands hier ist, die Politik des deutschen Staates anzugreifen, der direkt beteiligt ist am Krieg gegen das kurdische Volk und gegen die revolutionären Kräfte in der Türkei!

**SABO, EDA, TASKIN, UND
ALLE GEFALENNEN REVOLU-
TIONÄRE LEBEN IN UNSEREN
KÄMPFEN WEITER !**

Der Staat verlangt von uns die Anerkennung seines Gewaltmonopols - was gleichbedeutend ist mit der Anerkennung seiner Definitionsmacht darüber, was Opposition hier sein darf und was nicht.

Er will an uns exemplarisch vorführen, daß allein er die Macht hat, über die weitere gesellschaftliche Entwicklung zu bestimmen, und daß es keine relevante politische Kraft gegen den Marsch Großdeutschlands zur Weltmacht geben wird; daß Opposition nur dann nicht kriminalisiert wird, wenn sie sich an die staatlich gesetzten Grenzen hält, daß heißt,

wenn sie nichts erreichen will und kann;

daß die Geschichte des revolutionären Kampfes in der BRD eben Geschichte, also zu Ende ist.

Der BRD-Staat will die bruchlose Kontinuität seiner eigenen Geschichte durchsetzen und das ist nach innen der Versuche zur Auslöschung jeder radikalen Opposition.

So war es nach 1945 im Nazi-Nachfolgestaat bei der Verfolgung der Kommunisten, - so war es gegen die Kämpfe Ende der 60er Jahre, - so war es 1997, als der Staat mit allen Mitteln ein für allemal Schluß machen wollte mit der Politik und jede auch nur kritische Geste gegen den Polizeistaat niedergewalzt hat.

Und so soll es auch heute wieder sein.

**UM EINEN BRUCH MIT DIESER
KONTINUITÄT GEHT ES!
DAS IST DER KERN IM KAMPF
UM UNSERE FREIHEIT UND DIE
MÖGLICHKEIT, DIE DARIN
LIEGT!**

Das betrifft also nicht nur uns, sondern alle, die egal an welcher Stelle mit Widerstand und politischer Praxis für gesellschaftliche Veränderungen verbunden sind.

Und es geht nicht allein darum, daß es entwürdigend ist, wenn von uns verlangt wird, "abzuschwören" und unsere Geschichte zu verraten. Das gesamte oppositionelle Spektrum in der BRD steht vor einer Weichenstellung. Die Frage ist, was in Großdeutschland weiter wird, ob es hier eine Gegenbewegung gibt, ob es eine Politik der Umwälzung auf neuer Basis jetzt geben wird oder nicht.

Was wir verteidigen, indem wir alle Versuche zurückweisen, uns zur Anerkennung des Gewaltmonopols und der Definitionsmacht des Staates über Opposition zu zwingen, ist nicht nur unsere Würde und unsere Geschichte, sondern vor allem auch unsere eigene und die Zukunft von Fundamentalopposition überhaupt in der

BRD, ihre Autonomie, ihre Ziele, ihren Internationalismus, ihre strategischen Möglichkeiten.

Das entscheidende ist nicht allein, daß wir 22 Jahre gekämpft haben, sondern was wir heute und morgen tun.

Wir wollen unsere Politik weiterentwickeln.

Der Staat will jede politische Auseinandersetzung in der Gesellschaft verhindern oder diktieren.

Wie nach 1945 jede Bewegung gegen die Rekonstruktion des deutschen Kapitalismus weggefeht wurde, so wollen die Herrschenden heute die Aufrichtung Deutschlands zur Weltmacht ohne relevante Gegenbewegung durchziehen.

Das verbinden sie mit uns. Der Neuaufbau einer politischen Bewegung, der noch ganz am Anfang steht, soll quasi auf der Basis der "Kapitulation" ihrer konsequentesten Kämpferinnen und Kämpfer laufen und damit von vornerein zum Scheitern verurteilt sein. Das will der Staat, das ist seine Message und entsprechend mußte auch die Propaganda zur Erklärung der RAF und zu Günters Freilassung ausfallen.

Aber dagegen stehen **WIR** - und dieses Kalkül bricht an uns.

Wir werden nie aufhören, für die revolutionäre Umwälzung eines Systems zu kämpfen, das die Mehrheit der Menschen auf der Welt nicht leben läßt.

Im Verlauf dieses notwendig langen Kampfes ändern sich nur die konkreten Bedingungen und entsprechend auch die Prioritäten.

Grundsätzlich ist klar:

Wenn und solange jeder gesellschaftliche Veränderungsprozess von oben gewaltsam verhindert wird, solange wird es Gegengewalt geben.

Das ist - wie die Schwerkraft - ein Gesetz, das auch diese selbsternannten Herren der Welt nicht außer Kraft setzen können. Die Unterdrückten und Ausgestoßenen haben jedes Recht und



auch keine andere Wahl, als ihr Leben und ihre Würde mit den Mitteln zu verteidigen, die notwendig sind. Das zeigt nicht zuletzt die aktuelle Situation der Flüchtlinge und Immigranten in Deutschland.

Für menschliche Lebensbedingungen, für Selbstbestimmung und freie gesellschaftliche Organisation zu kämpfen, Widerstand zu leisten gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg, ist ein Menschenrecht.

Es mißt sich nicht und ist auch nicht zu messen an den Gesetzen der Ordnung, die die Unterdrückung schafft. Es existiert außerhalb von ihnen und gegen sie. Widerstand mit dem Ziel, die Unterdrückungsmacht zu beseitigen und weltweit eine menschliche Gesellschaft zu schaffen ist legitim, auch wenn er nach den herrschenden Gesetzen nicht legal ist.

Wir müssen heute neue Grundlagen schaffen für das, worum wir seit 22 Jahren kämpfen: in der BRD und Westeuropa Gegenkräfte aufbauen, organisierte internationalistische Politik für die Umwälzung der Gesellschaft zu entwickeln und zu verankern.

Das ist auch unsere Verantwortung.

Im Kampf um unsere Freiheit geht es darum, neue und so bessere Ausgangsbedingungen und Raum für die Schaffung einer starken politischen Bewegung hier zu erkämpfen - die wir und alle, die Veränderungen wollen, absolut brauchen.

Und die Menschen im Süden brauchen sie auch! Dann wird es endlich möglich, wirklich zusammen zu

kämpfen und eine internationale Kraft zu werden gegen die alte neue Weltordnung.

Wir gehen davon aus, daß für diesen Prozeß ein Bewußtsein über die Geschichte notwendig ist und daß die Erfahrungen gebraucht werden, die wir in 22 Jahren politischer Arbeit, Organisation, Kämpfen in den Gefängnissen, internationalen Beziehungen und bewaffneten Aktionen akkumuliert haben.

Wir hören oft, daß bei vielen Menschen draußen ein Denken vorherrscht, das sich mehr oder weniger abgefunden hat mit dem was gekommen ist. Der reaktionäre Schub in den Verhältnissen und die Vervielfachung der existenziellen Probleme liegt wie Beton auf allem und es wird kaum noch daran gedacht, einzugreifen in die Entwicklung und etwas bewirken zu wollen.

Aber wir sagen, daß der historische Umbruch noch nicht abgeschlossen ist, weder im internationalen Rahmen noch hier, und daß Lösungen in die Hand genommen werden müssen.

Es ist in jedem Bereich die Frage, wohin die Entwicklung geht, wer bestimmt und welche Interessen kommen zur Geltung? Für uns ist deshalb jetzt die Zeit, unsere Ziele zu formulieren und einzugreifen, um andere als die von oben geplanten und diktierten Entwicklungen zu erkämpfen.

DIE KONTINUITÄT DER ALTEN BRD DARF SICH NICHT FORTSETZEN!

Und es hängt von uns ab, was weiter geschieht, was für eine Gesell-

schaft das hier wird und welche Rolle dieses Land in der internationalen Politik spielt.

Das wird im Kampf um unsere Freiheit entschieden.

Die Zeit ist überreif für die Aneignung der Bestimmung über die gesellschaftliche Entwicklung hier und international von unten.

ANDERS WIRD ES KEINE LÖSUNG UND KEINE MENSCHLICHE PERSPEKTIVE GEBEN!

Gegen den Versuch, uns und alle um Veränderung kämpfenden Menschen politisch zu enteignen, unserer Geschichte und Zukunft zu berauben, die Ziele, Hoffnungen und die politische Praxis für ein anderes Leben auszulöschen und damit die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zu blockieren, müssen wir jetzt kämpfen. Die notwendige Kraft können nur wir gemeinsam erreichen!

Wir brauchen jetzt Schritte, die tatsächlich die Situation verändern. Die haftunfähigen Gefangenen müssen sofort freigelassen werden.

Wir brauchen freie Kommunikation unter uns und mit draußen, die Zusammenlegung und Besuchsmöglichkeiten mit Gruppen von draußen, auch aus anderen Ländern - freie Information und Diskussion!

Wir brauchen eine Mobilisierung in der Gesellschaft, die in der Lage ist, vom Staat eine Gesamtlösung zu erzwingen, sodaß wir alle in den nächsten 1-2 Jahren freikommen! Das ist auch nur legitim angesichts der Tatsache von 22 Jahren Vernichtungsstrategie gegen uns Gefangene.

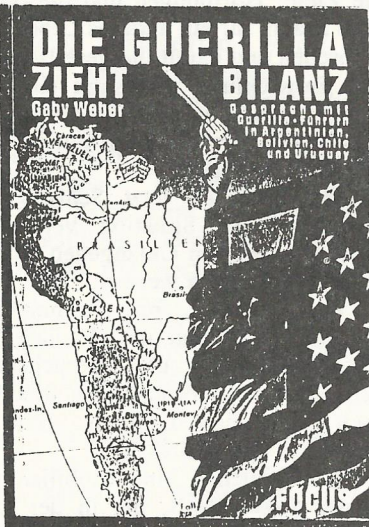
Über das Buch "Die Guerilla zieht Bilanz" von Gaby Weber, FOCUS-Verlag.

MAN MUSS ZUERST DIE NIEDERLAGE IM EIGENEN KOPF ÜBERWINDEN

Gaby Weber hat dieses Buch in Interviewform herausgegeben. Ihre Gesprächspartner waren ehemalige FührerInnen von Guerillabewegungen in Lateinamerika. Die Lektüre dieses Buches eröffnet ein besseres Verständnis für die Niederlage der Linken im Kampf gegen die faschistischen Diktaturen Lateinamerikas. Hier bestätigt sich wieder, daß die Niederlagen im eigenen Kopf gefährlicher sind und schwerer überwunden werden können, als die militärischen.

G. Weber schreibt im Vorwort: *"Dieses Buch wird auf die aufgeworfenen Fragen keine Antworten oder Analysen geben. Es hat lediglich den Anspruch, Materialien für einen Diskussionsprozeß zu sammeln"* (S.8/9).

Aus den Interviews lassen sich einige Schlußfolgerungen und Antworten ziehen. Z.B. diese, daß ehemalige Guerillaführer nicht in der Lage sind, richtige Analysen und Synthesen zu machen. Denn obwohl ihre Niederlagen fünfzehn bis zwanzig Jahre zurückliegen, setzen sie sich nicht selbstkritisch mit der Vergangenheit auseinander, sondern berichten lediglich ihre Geschichte. Einige warten nur ab, andere beteiligen sich an den Demokratiespielen. Was allen gemeinsam ist, daß die Niederlagen tiefe Spuren in ihren Köpfen hinterlassen haben.



Gaby Weber hat Interviews mit den Führern der folgenden Organisationen gemacht: PRT (Partei der Revolutionären Arbeiter) aus Argentinien, MLN-T (Bewegung der Nationalen Befreiung-Tupamaros) aus

Uruguay, MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) aus Chile, ELN (Heer der Nationalen Befreiung) aus Bolivien und mit den Montoneros aus Argentinien.

Der MIR hatte 1972 dazu aufgerufen, darüber zu diskutieren, den bewaffneten Kampf in Lateinamerika zu internationalisieren. Aus dieser Diskussion entstand 1974 die "Junta der Revolutionären Koordination" (JCR). An ihr beteiligten sich der MIR, die PRT und die MLN-T, etwas später dann auch die ELN.

Warum ist die lateinamerikanische Guerilla besiegt worden?

Obwohl es nicht möglich ist, anhand dieser Texte eine viel-schichtige Analyse dieses Prozesses der zur Niederlage führte, zu erarbeiten, stoßen wir in den persönlichen Bewertungen der ehemaligen Guerillas trotzdem auf ihre Gründe:

"Als wir mit der revolutionären Organisation begannen, hatten wir viele wesentliche Probleme noch nicht definiert, wie das Thema der Macht; uns waren drei oder vier Sachen klar, und den Rest lehrte uns das Leben." ¹⁾

"Der Begriff der Volksmacht war auch theoretisch und praktisch noch nicht genügend ausgearbeitet worden, um zu einer globalen Strategie zu werden." ²⁾

Frage: "Habt Ihr einfach ver-gessen, die Uhrzeit für die Machtübernahme auszumachen?"

Antwort: "Genau. Wir waren uns unserer eigenen Kraft nicht bewußt." ³⁾

Man kann weitere Zitate finden, aber allen ist gemeinsam: Die Führer hatten keine klare Strategie und Vorstellung, wie sie die Macht erlangen wollten.

Der tiefe Widerspruch zwischen der Oligarchie und den lateinamerikanischen Völkern hat die Völker auf die Seite der Revolution gebracht. Die Revolution in Kuba hatte darauf großen Einfluß. Die Völker haben ihre Hoffnung auf die Guerilla gesetzt, die aber zu den Fragen der Partei und der Front noch keine klaren Vorstellungen hatte und sich auf den militärischen Kampf konzentrierte.

Aber der Imperialismus und die Oligarchie hatten dazugelernt und zurückgeschlagen. Die Guerilla fand hierauf keine Antwort und konnte sich der neuen Situation nicht anpassen. Die letzten Niederlagen der Guerilla erfolgten während der Zeit der Militärdiktaturen, aber die Gründe hierfür liegen in der Zeit davor. Als die Kämpfe begannen, hatten die Guerillaorganisationen noch keine Vorstellung darüber, wie sie die breiten Massen organisieren und am Kampf beteiligen könnten. Als die Junta dann anfang, "das Wasser, in dem die Guerilla wie Fische schwimmen" sollte, zu vergiften, mußten die Fische das Wasser verlassen und kamen auf's Land. Aber auf dem Land und in der Stadt hatte die Guerilla nur begrenzte Erfahrungen.

Wie verhielt sich die Guerilla während der Militärputsche?

Wir wollen die Putsche in Lateinamerika nicht ausführlicher erklären. Wer die Geschichte und die Hintergründe des Putsches vom 12. September 1980 in der Türkei kennt, wird feststellen, daß die Geschichte der Militärputsche in Lateinamerika ähnlich ist. Fast überall gab es viele charakteristische Gemeinsamkeiten. Was die Guerillero/as aus Lateinamerika von der türkischen Linken unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie nicht nach Europa geflohen sind, sondern sich für den Kampf entschieden haben. "Wer das Land verläßt, tritt auch aus dem MIR aus." Diese Einstellung herrschte bei allen lateinamerikanischen Guerillas vor. Aber als immer neue Militärputsche stattfanden, sind trotzdem viele geflohen. Auch wenn die Entscheidung für den Kampf die Niederlage nicht verhindern konnte, war der Widerstand eine richtige Entscheidung, weil das Volk so seine Achtung vor den RevolutionärInnen nicht verloren hat. Dies ist eine wichtige Tatsache.

Befindet sich der bewaffnete Kampf in Lateinamerika in einer Sackgasse?

Die ehemaligen Guerilleros können diese Frage nicht einfach bejahen,

denn auch wenn die Niederlage der Guerilla Spuren in der Linken und der lateinamerikanischen Gesellschaften hinterlassen hat, ist es unbestreitbar, daß die positiven Veränderungen in der Gesellschaft dem jahrelangen Kampf der Guerilla zu verdanken sind. Der Führer der mittlerweile aufgelösten PRT, Humberto Tumini, sagt zu diesem Punkt: *"Die derzeitigen materiellen konkreten Bedingungen lassen es nicht zu, die Massenbewegung mit dem bewaffneten Kampf zu konfrontieren. Aber ohne Befreiung und Sozialismus sehe ich keinen Ausweg. (...) Die historische Erfahrung unseres Volkes hat gezeigt, daß der Feind, wenn er seine Privilegien, sein Privateigentum und seine Macht in Gefahr sieht, uns mit Gewalt antwortet. Und dieser Gewalt wird die gerechte Gewalt der Entrechteten entgegengesetzt werden müssen."* 4)

Daß die Lösung nicht in Wahlen gesucht wird, und daß das Buch die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt in Lateinamerika nicht leugnet, ist positiv. Aber man gewinnt auch den Eindruck, daß man auf die ehemaligen Guerillas keine großen Hoffnungen setzen kann, daß also die lateinamerikanische Revolution junge Menschen braucht, in deren Köpfen sich die Niederlagen nicht festgesetzt haben.

Für alle die Gruppen, die sich in der Türkei nach dem 12. September selbst aufgelöst und liquidiert haben, bietet das Buch "Die Guerilla zieht Bilanz", reichlich Anschauungsmaterial. Das gilt auch für diejenigen, die von einer legalen Partei wie den Tupamaros träumen und mit dem Spruch, "sich den Bedingungen anpassen", die Option des Pazifismus wählen und den Bewaffneten Kampf als "Sackgasse" bezeichnen.

Trotz allem glauben wir, daß dieses Buch sehr interessant ist. Wer den eigenen Kampf durch die Erfahrungen anderer bereichern will, und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen will, wird viel lesenswertes in diesem Buch finden.

Anmerkungen:

- 1) Humberto Tumini, Ex-Mitglied der Führung der PRT-ERP, S. 80
- 2) Mario de León, Mitglied des ZKs der MLN-Tupamaros, S. 155
- 3) Mario de León, S. 155
- 4) Humberto Tumini S. 77

AUCH DIE GIPFEL KÖNNEN DIE KRISE DES IMPERIALISMUS NICHT LÖSEN



In München sind in den vergangenen Tagen die politischen Chiefs der sieben imperialistischen Riesen zum 18. Mal zusammengekommen, um Lösungen für die Krise des Systems zu finden. Sie sprachen, diskutierten und bewerteten wieder einmal ihre Hegemonie.

Der Hintergrund: Alle sieben imperialistischen Länder sind nicht mal in der Lage, die eigenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen, geschweige denn die innerimperialistischen Widersprüche.

Die USA, immer noch die stärkste Macht der "imperialistischen Internationale" der Gipfelteilnehmer, sehen sich gewaltigen Problemen gegenüber. In den USA finden heute 7,8% der arbeitsfähigen Bevölkerung keine Arbeit. Rechnet man die Gelegenheitsjobber, also die sogenannte verdeckte Arbeitslosigkeit, hinzu, ergibt sich die erschreckende Quote von 25%. Betrug das Aussenhandelsdefizit 1980 noch 5 Milliarden Dollar, ist es inzwischen auf 120 Milliarden Dollar gestiegen. Gleichzeitig sinkt das Nationaleinkommen in den USA und Besserung ist nicht in Sicht.

Ähnliche Probleme haben auch die anderen Wirtschaftsriesen. Der japanische Imperialismus befindet sich in einer gefährlichen Rezession. 1991 belief sich der Rückgang der Profitrate bei Konzernen wie Sony, NEC usw. auf 40%. Die Banken werden von hohen Zinsen erschüttert. Besäße Japan keinen Außenhandelsüberschuß, könnte es sich keinen einzigen Tag auf den Beinen halten.

Dieser Entwicklung stehen die Verluste der drei größten US-Automobilhersteller Chrysler, General Motors und Ford gegenüber. Nachdem die japanischen Automobilhersteller mittlerweile 30% des US-Amerikanischen Marktes erobert haben, büßten die US-Multis 1991 6 Milliarden Dollar ein. Ähnliche Ereignisse beobachtet man in den Beziehungen zwischen Ja-

pan und Deutschland. Die Politik der Errichtung von Zollschränken gegen die japanischen Exporte hat sich als wirkungslos erwiesen, weil die japanischen Konzerne inzwischen mit der Verlagerung ihrer Produktion in die inländischen Märkte ihrer Konkurrenten reagiert haben.

Was ist mit den Anderen? England, vormals das Imperium, "über dem die Sonne nie unterging", sieht sich unter dem Druck seiner Konkurrenten gezwungen, seine Wirtschaft immer weiter zu reduzieren.

In Frankreich beträgt das Haushaltsdefizit 125 Milliarden Franc.

In allen imperialistischen Staaten liegt die Arbeitslosenquote bei 10%.

Die "Vereinigung" brachte für Deutschland neue Probleme mit sich. Zusammen mit den alten Belastungen befindet sich Deutschland, das dieses Jahr von Streiks erschüttert wurde, in einer aussichtslosen Situation, und seine Zukunft sieht nicht rosig aus.

Auf dem Gipfel wurde nicht versäumt, Maßnahmen gegen die Volksbefreiungsbewegungen zu treffen.

Der andere wesentliche Tagesordnungspunkt des Gipfels, einen Weg aus der Krise des Imperialismus zu finden, blieb ohne Lösung. Die Beschlüsse (und Nichtbeschlüsse) des Gipfels belegen dies. Die Einfuhrbestimmungen, die die Binnenmärkte zugunsten der eigenen Konzerne schützen, werden nicht abgeschafft. Die Verhandlungen über Zolltarife und GATT bleiben deswegen auf der Strecke.

Die Imperialisten, die in diese Sackgasse geraten sind, finden keinen Weg mehr hinaus. Ihre Staats- und Regierungschefs haben zwar wie immer vor den Kameras der internationalen Presse lächelnd posiert, aber die Probleme ihrer Länder konnten sie dadurch auch nicht lösen. Die klarste Botschaft des Gipfels war, daß ein jeder von ihnen den anderen das Grab schaufeln muß um zu überleben.

DIE HAND BUSHS LIEGT AUF DEM NAHEN OSTEN

Der Nervenkrieg der USA und Bushs gegen den Irak und Saddam hat erneut angefangen. Nach den Ereignissen in der ehemaligen Sowjet-Union schien es kurzfristig so, als hätten sie Saddam und den Irak vergessen. Aber die Präsidentschaftswahlen in den USA stehen bevor und um die US-Wirtschaft ist es nicht gut bestellt. Die Arbeitslosigkeit steigt und immer mehr Betriebe gehen Bankrott. Man spricht über die geringen Chancen für Bush, diese Wahl zu gewinnen. Deshalb sieht Bush nur die Chance, sein Prestige, das er im Land verloren hat, in der Außenpolitik zurück zu gewinnen. Deshalb wendet sich Bush dem Nahen Osten zu, um Kriege zu führen, wie schon die osmanischen Sultane.

Zu diesem Zweck schickt er CIA-Chef Gates mit mehreren Millionen Dollar in diese Region. Der wiederum spricht dort mit den zuständigen Stellen, um Möglichkeiten zur Lösung des "Problems Saddam" zu finden und Bush zu unterstützen.

Ginge es nur darum, Saddam zu stürzen, wäre alles ganz einfach. Das eigentliche Problem aber ist die Frage, was kommt nach Saddam . . . ? Andernfalls hätten die USA nicht vor den Toren Bagdads haltgemacht. Obwohl die USA Saddam schon im Golfkrieg loswerden wollten, haben sie die Invasion gestoppt, weil sonst die Schiiten zu stark geworden wären. Der Iran wäre dann in der Region eine nur noch schwer zu kontrollierende Kraft geworden, und das hätte den Interessen der USA und der anderen Staaten der Region widersprochen. Und wenn die Kurden ihren eigenen Staat erkämpft hätten, würde zuerst die Türkei, dann Syrien und der Iran

widersprechen. Solche Entwicklungen könnten letztendlich sogar einen Krieg zwischen diesen Ländern verursachen. Dies ist der einzige Grund dafür, daß Saddam heute noch lebt.

Die USA hatten gehofft, daß das irakische Volk Saddam wegen der Folgen des Embargos selber stürzen und eine Alternative in ihrem Sinne entstehen würde - aber nichts von dem ist eingetreten. Ohne die Kurden und die Schiiten sind die oppositionellen Kräfte, die auf Seiten der USA stehen, sehr schwach. Die USA haben keine Lust, weltweit alleine die Banditenrolle zu übernehmen. Deshalb haben die USA sich vor allem bemüht, die kollaborierenden Kräfte der Opposition zu stärken: Robert Gates' Auftrag ist es, im Nahen Osten solche Kräfte zusammen zu bringen. Aber es sieht so aus, als sei er dabei nicht sehr erfolgreich. Trotz der Hilfe der USA werden sie nicht stark genug, um an die Macht zu kommen, andernfalls hätten die USA ihnen dazu längst verholfen. Deshalb war das zentrale Thema beim Besuch Demirels in den USA die "Saddam-Frage". Sogar mit dem Präsidenten des CIA hat Demirel zum ersten Mal (gleich zwei) Gespräche geführt. Das Thema ist klar: die schmutzigen Operationen des CIA im Nahen Osten und ihre Unterstützung durch die Türkei - der CIA hat von Demirel Unterstützung für die Operation gegen den Irak gefordert. Und obwohl Demirel Özal während des 2. Golfkrieges wegen seiner Unterstützung für den CIA heftig kritisierte, konnte er den USA jetzt seine Hilfe nicht verweigern. Demirel spricht, wie es ihm gerade paßt: "Saddam ist ein inneres Problem des Irak", gibt aber gleichzeitig den USA den Rat:

"Ihr müßt Saddam mit Hilfe der BAATH-Partei erledigen".

Während des Golfkrieges war Demirel gegen das Embargo gegen den Irak. Jetzt aber hat er das vergessen und hilft dabei mit, der Bevölkerung des Irak, Kindern und Kranken, Medikamente und Lebensmittel zu verwehren. Und er stimmt für die Verlängerung der Stationierung der Schnellen Eingreiftruppen in der Türkei.

Die USA führt mit der Unterstützung von Staaten wie der Türkei ihre Komplotte weiter. Obwohl sie in der UNO ein Embargo gegen den Irak durchgesetzt hatten mit der Begründung, so würde der Irak gezwungen sich aus Kuwait zurückziehen, haben sie dann mit Waffengewalt aus Kuwait gejagt. Dabei ist der Irak im eigenen Land ernsthaft zerstört und so geschwächt worden, daß er den irakischen Teil Kurdistans praktisch nicht mehr kontrollieren kann. Trotzdem zwingen die USA und Großbritannien die anderen UNO-Staaten, das Embargo weiter aufrecht zu erhalten. Obwohl es heute keinen juristischen Grund mehr dafür gibt, reichen dem Oberbanditen der Welt, den USA, das Embargo und die Stationierung der Truppen in irakisch-Kurdistan nicht aus. Sie planen neue Szenarios für den Nahen Osten. Dafür geben sie Millionen Dollar aus und setzen ihre Kollaborateure und die Verbündeten, die sie unterstützen, in Bewegung.

Anmerkung:

Anfang Juli hat das türkische Parlament für weitere 6 Monate der Stationierung der Schnellen Eingreiftruppen zugestimmt.



DER ZIONISTISCHE STAAT KANN SEINEN BLUTDURST NICHT STILLEN

Politische Entwicklungen von großer Tragweite bestimmen die Welt. Die Medien der westlichen Welt, denen es binnen Kürze mit ihrer Berichterstattung gelang, aus Ceausescu und Saddam Dämonen zu machen, berichten über die Massaker der israelischen Kriegsmaschinerie im Libanon, als handele es sich um eines der wöchentlichen Treffen des englischen Oberhauses. Gegen die Besetzung Kuwaits durch den Irak hatten die USA die ganze Welt mobilisiert. Mit Unterstützung der Medien und den Armeen aus 28 Ländern wollten sie mit ihrer Kriegsmaschinerie das irakische Volk vernichten.

Und genau über dieses riesige Waffenpotential schweigen sie, fordern aber von Nordkorea: "Bei Euch gibt es Nuklearwaffen, die vernichtet werden müssen." Auch gegen Libyen haben sie eine gigantische Provokation inszeniert. Die USA behaupten, die Urheber des Lockerbie-Attentats in Libyen ausgemacht zu haben. Sie mobilisieren die UNO und die Weltstaatengemeinschaft unter diesem Vorwand, um die Libysche Regierung zu stürzen. Auch dies steht im krassen Gegensatz zur us-amerikanischen Haltung gegenüber den Invasionen Israels im Libanon. Es gelten eben die Gesetze von Bushs "Neuer Weltordnung".

Gegenüber der zionistischen Politik äußert der Sprecher des US-Außenministeriums, Richard Baucher, lediglich, die USA mache sich Sorgen, die Spannungen im Mittleren Osten könnten sich verstärken, und forderte beide Seiten (!) dazu auf, Ruhe zu bewahren. Israel greift das arabische Volk im Libanon an - und die us-amerikanische Reaktion besteht darin, dem Opfer dieser Aggression zu empfehlen, sich ruhig zu verhalten, um seine Lage nicht noch mehr zu verschlimmern.

Die UNO hat sich zu einer Institution entwickelt, deren Politik darin besteht, jede imperialistische Aggression zu unterstützen und zu legitimieren. Nach der Invasion im Libanon, traf die zionistische Armee auf ein Kontingent nepalesischer Soldaten der UN-Friedenstruppen. Als die nepalesischen Soldaten den israelischen Vormarsch stoppen wollten, kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem zwei Soldaten der UNO verletzt wurden. Dieser Vorfall hinderte die israelische Armee nicht daran, tiefer

in den Libanon einzudringen. Man muß sich nur vorstellen, was passieren würde, wenn z.B. im Irak oder in Libyen Soldaten einen Helm der UNO-Streitkräfte auf den Boden fallen ließen. Die UNO würde sich dermaßen ärgern, daß sie dem betreffenden Land den Krieg erklären würde. Geht es jedoch um Israel, haben Völkerrechtsverletzungen keine ernsthaften Reaktionen der UNO zur Folge. Um weitergehende Proteste anderer Staaten auf diplomatischer Ebene zu verhindern, wurde lediglich die Bitte an Israel gerichtet, den Libanon zu verlassen. Mehr war auch nicht möglich, denn Israel verhält sich so oder so wie die USA es wünschen und braucht sich nicht um internationale Kontrollmechanismen zu kümmern.

Wenn die israelische Armee es will, kann sie mit Kampfflugzeugen palästinensische Wohngebiete in Tunesien bombardieren. Sie töten mit ihren Spezialeinheiten Abu Dschihad. Sie fallen im Libanon ein und verüben Massaker an den Palästinensern. Sie stören im Irak die Radaranlagen und führen mit dem Iran illegale Waffengeschäfte. Sie bilden lateinamerikanische Todesschwadronen aus und brechen vor den Augen der Weltöffentlichkeit palästinensischen Kindern die Arme. Sie töten in Jerusalem an einem Tag 32 Palästinenser und verletzen Dutzende. All dies können sie tun, ohne daß irgend jemand Rechenschaft darüber fordert!

Das jüngste Beispiel für diese Politik ist die Intervention der israelischen Kriegsmaschinerie im Libanon. Israel sieht den Südlibanon als Gebiet, von dem Angriffe auf sein Territorium ausgehen könnten. Trotz anderslautender UNO-Resolutionen halten sie den Südlibanon weiter besetzt, und bezeichnen ihn als "Sicherheitszone".

Der militärische Nutzen dieser Zone ist jedoch begrenzt. Jedenfalls kann sie die palästinensischen Fedayin nicht daran hindern, von Zeit zu Zeit Angriffe auf das israelische Territorium durchzuführen. Auch die Hisbollah greift von hier aus den israelischen Staat an. Diese Tatsache diente Israel als Vorwand, um einen Konvoi des Hisbollah Führers Sheik Abbas Musavi anzugreifen, und sowohl ihn selbst als auch seine Frau und seine vier Leibwächter zu töten. Die Palästinenser und die libanesischen Moslems antworteten

mit einer Welle des Protests. Die Hisbollah antwortete, indem sie mit Katjuschas nach Israel feuerte. Danach marchierte Israel in den Libanon ein, wobei es auch zu den Zusammenstößen mit den UN-Friedenstruppen kam. Die israelische Armee besetzte zwei Dörfer und zwei Hügel die von der Hisbollah kontrolliert wurden und vertrieb die Einwohner dieser Gegend. Bei den Gefechten gab es etwa 30 Tote und Verletzte. Der israelische Verteidigungsminister Mosche Arens erklärte nach dem Angriff:

"Das ist eine klare Botschaft an alle terroristischen Organisationen. Wer uns angreift, den vernichten wir."

So wie die USA weltweit operieren, wenn es um ihre Interessen geht, handelt Israel im Nahen Osten.



Nach der Fertigstellung dieses Artikels fanden Parlamentswahlen in Israel statt. Die ARBEITERPARTEI löste den Likud-Block als Regierungspartei ab. An der Aktualität dieses Artikels hat sich dadurch nichts geändert.

Diejenigen, die Israel als funktionierende Demokratie inmitten der "arabischen Diktaturen" bezeichnen und die Massaker am palästinensischen Volk vertuschen, erklären nach dem Wahlsieg der ARBEITERPARTEI Rabins, daß die Politik der Massaker gegen die Völker des Nahen Osten, und dabei besonders gegen das palästinensische Volk, weitergehen werden. Der neue israelische Ministerpräsident Rabin sagte: "Wer glaubt, daß wir dem Terrorismus Zugeständnisse machen werden, irrt sich." Die bisherige Politik der israelischen "Schlächter" wird sich also nicht ändern.

"Auf die neuen Schlachtfelder werde ich den Glauben mitnehmen, den du mir eingepflanzt hast, den revolutionären Geist meines Volkes, das Gefühl, der heiligsten aller Pflichten zu dienen: gegen den Imperialismus zu kämpfen, wo auch immer er sich befindet."

(Aus Che Guevaras Abschiedsbrief)

26. Juli 1992



AN DAS GENERALSEKRETARIAT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI KUBAS

Heute, wo die Angriffe gegen das sozialistische Kuba immer weiter eskalieren, ist die geschichtliche Bedeutung der Bewegung des 26. Juli wichtiger denn je. Der 26. Juli war eine Kriegserklärung und ein Aufstand der Avantgarde des kubanischen Volkes gegen das Batista-Regime und den US-Imperialismus.

Wir als DEVRİMCI SOL grüßen am 36. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes und der Revolution in Kuba, dem Tag, an dem die Fackel der Revolution entfacht wurde, den 26. Juli und die GRANMA.

Wir grüßen auch alle, die im Kampf für die Revolution und den Sozialismus auf der Welt gefallen sind. Wir grüßen die, die dem sozialistischen Glauben treu bleiben, die den Kampf entschlossen und mit revolutionärem Mut bis zum Ende fortsetzen.

Die Führer der Revolution in der Türkei haben die selbe Fackel am 30. März 1972 in Kizildere entfacht. Ebenso im Todesfasten in den Gefängnissen von Istanbul, zwischen dem 13. April - 24. Juni 1984, und bei den Gefechten am 12. Juli 1991 und am 17. April 1992. Würdevoll haben sie die Befreiungsfahne hochgehalten. Erneut zeigten sie uns, daß es gegen den Imperialismus mit seinen Verbündeten keinen anderen Weg gibt als den, die Fahne des Marxismus-Leninismus noch entschlossener ins Feld zu führen und mit der Waffe in der Hand Sozialismus, Demokratie und Unabhängigkeit zu erkämpfen.

Sie bewiesen uns noch einmal, daß der eigentliche Terrorismus von den Imperialisten und ihren Verbündeten ausgeht.

Wir unterstützen den Widerstand des kubanischen Volkes gegen den Imperialismus und alle Feinde des Sozialismus. Die Würde, mit der das Kubanische Volk trotz aller Schwierigkeiten und Embargos an dem Wunsch, in Unabhängigkeit zu leben, festhält und den Kampf für den Sozialismus fortsetzt, beeindruckt uns tief in unseren Herzen. Weil auch wir die Freiheit lieben, verteidigen wir den Sozialismus und kämpfen für seine Werte.

Wir sagen:

Die Revolution in der Türkei wird die Macht aus den Händen der Oligarchie reißen, die Imperialisten aus der Türkei und Kurdistan verjagen und den Boden für den Sozialismus in unserem Land vorbereiten.

Wir werden den Sozialismus erkämpfen. Daran glauben wir.

Wir lieben Euch wie unsere eigenen Völker, wie ein Brudervolk.

Wie wir bereit sind, für das türkische und kurdische Volk jedes Opfer zu bringen, sind wir auch bereit, jedes Opfer für den Sozialismus und Internationalismus zu bringen.

Wir haben bis heute nicht geschwiegen zu den Angriffen der Imperialisten auf Kuba und alle sozialistischen Kräfte, unterdrückte Völker, ihre Vertreter, die Nationalen- und Befreiungsbewegungen, und werden es auch niemals tun.

**Das kubanische Volk ist nicht allein!
Es lebe das sozialistische Kuba!
Hoch die internationale Solidarität!**

**DEVRİMCI SOL
ULUSLARARASI İLİSKİLER
Revolutionäre Linke
Internationale Kontakte**

INFORMATIONS-ZENTRUM FÜR FREIE VÖLKER

Wir haben das INFORMATIONSZENTRUM FÜR FREIE VÖLKER gegründet.

Internationale Solidarität und die Freundschaft der Völker sind die Grundlage unserer Arbeit. Mit unserer Arbeit unterstützen wir die Befreiungsbestrebungen in den Neokolonialisierten Ländern.

In der Türkei und Kurdistan führen die "Sicherheitskräfte" einen "schmutzigen Krieg" gegen die Bevölkerung. Allein in den ersten sechs Monaten der DYP-SHP-Regierung sind 1.146 (!) Menschen durch außergesetzliche Hinrichtungen und bei regelrechten Massakern ermordet worden. Im selben Zeitraum wurden elf Journalisten ermordet, nur weil sie über diese Realität berichtet haben. Oppositionelle verschwinden "spurlos", nachdem sie sich bereits in der Gewalt der "Sicherheitskräfte" befunden hatten. Täglich werden Menschen gefoltert.

Unsere Hauptaufgabe ist es, die europäische Öffentlichkeit über die politische Situation in der Türkei und Kurdistan zu informieren.

Bei uns sind Broschüren, Flugblätter, Dias und Videofilme erhältlich, in denen weitergehende Informationen über die Realität in der Türkei und Kurdistan vermittelt werden. Wer will, kann mit uns in Kontakt treten und wir organisieren Veranstaltungen zusammen.

Wir werden mit allen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich gegen diese systematische Verletzung der Menschenrechte wenden, zusammenarbeiten und direkte Beziehungen herstellen.

Wir geben regelmäßig Presseerklärungen über die aktuelle Entwicklung heraus. Wir organisieren auch Delegationen, die sich vor Ort über die Situation informieren. Wir stehen in direktem Kontakt mit demokratischen und sozialistischen Organisationen und Zeitungen in der Türkei und Kurdistan.

Wir werden vielfältige politische und kulturelle Aktivitäten organisieren, die den Befreiungskampf in der Türkei und Kurdistan - aber auch in anderen Ländern - praktisch unterstützen.

VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI UND IN KURDISTAN (JANUAR - AUGUST 1992)



INFORMATIONS-ZENTRUM FÜR FREIE VÖLKER
ÖZGÜR HALKLAR KOMİTESİ

Das Informationszentrum für freie Völker hat im August zwei Broschüren zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan erstellt.

Sie können bei der untenstehenden Adresse bestellt werden.

ADRESSE: Teichstr. 16/E 5000 KÖLN 30 TEL: 0221/53 12 78 FAX: 0221/53 17 00
A. PUSAT KONTOKonto Nr. 0954 952 300 BLZ: 370 800 40 Dresdner Bank-KÖLN 5000

INFORMATIONEN-ZENTRUM FÜR FREIE VÖLKER

PRESSEERKLÄRUNG

Köln, den 21./9./1992

SCHON WIEDER WURDE IN DER TÜRKEI EIN FORTSCHRITTLICHER INTELLEKTUELLER ERMORDET!

Am 20. September 1992 wurde der 74jährige Journalist, Schriftsteller, Mitbegründer von der HEP(Partei der Werktätigen) und Vorsitzender des Kurdischen Instituts, MUSA ANTER, ermordet.

Der Mord an ihm ist ein Beispiel dafür, wie der Staat versucht, den wachsenden Volkswiderstand durch Terrorismus zu ersticken, indem er fortschrittliche Intellektuelle zu seiner Schiellscheibe macht.

Beispiel dafür.

Allein 1992 wurden nahezu 300 Menschen Opfer von Mordanschlägen, deren Täter "nicht bekannt" sind. Allein in diesem Jahr wurden bereits elf Journalisten ermordet. Die sozialistische und demokratische Presse soll zum Schweigen gebracht werden. Die Tatsachen sollen nicht bekannt werden, und das Volk soll auf diese Weise eingeschüchtert werden.

DIE TÄTER DIESES MORDANSCHLAGES SIND BEKANNT!

MUSA ANTER wurde in der Vergangenheit mehrmals festgenommen. Er war der Polizei bekannt. Für den 20.09. war er auf das Kultur- und Kunstfestival in Diyarbakir eingeladen. Er unterlag ständiger Observation durch die Zivilpolizei von Diyarbakir. Dafür gibt es Zeugen. Dies beweist, daß die Behauptung, seine Mörder seien unbekannt, nicht wahr ist. Es gibt Verbindungen zwischen den Mördern und der Regierung. Ministerpräsident Demirel äußerte in der Vergangenheit: "Diese Personen sind keine Journalisten, sondern Militante". Demirel, sein Koalitionspartner İnönü, Präsident Özal und der Generalstabschef sind in diese Morde verwickelt. Wiederholt äußerte die oberste militärische Führung, daß kurdische Problem sei ausschließlich mit militärischen Mitteln zu lösen.

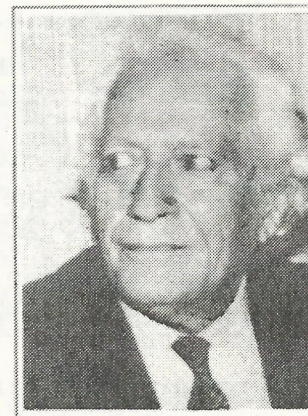
MUSA ANTER WAR KEIN TERRORIST.

In diesem Jahr wurden in der Türkei und Kurdistan insgesamt über 1200 Menschen unter dem Vorwand sie seien Terroristen ermordet.

Um die Unterstützung der westlichen Öffentlichkeit zu erlangen und den Staatsterrorismus zu vertuschen, werden fortschrittliche Menschen in unserem Land als "Terroristen" bezeichnet.

Der 74jährige MUSA ANTER hat bis zu seinem Tod zahlreiche Bücher geschrieben. Die einzige Waffe, die er besaß, waren seine Bücher und Gedanken. Stimmen wie die von MUSA ANTER dürfen nicht zum Schweigen gebracht werden! Wir rufen die Öffentlichkeit auf, sich mit ihm zu solidarisieren.

PS. Kurze Zeit nach diesem Mordanschlag wurden drei weitere Journalisten aus einem Taxi heraus, zusammen mit ihrem Fahrer, von "Unbekannten" entführt und mehrere Stunden später wieder freigelassen.



Musa Anter

DIE MASSAKER KÖNNEN DIE ZUKUNFT DES KURDISCHEN VOLKES NICHT AUFHALTEN

Täglich fügt die Oligarchie ihren Verbrechen an unseren Völkern ein weiteres hinzu.

Massaker, außergesetzliche Hinrichtungen und alle denkbaren Methoden des "schmutzigen Krieges" - Das sind ihre Waffen gegen das kurdische Volk. Ein ums andere Mal hat die neue Regierung bewiesen, daß sie eine Kriegsregierung ist. Das Massaker an der Bevölkerung von Sîrnak am Nevroz Fest 1992 macht deutlich: An der traditionellen Massaker-Politik hat sich nichts geändert.

Das kurdische Volk hat sich erhoben und schüttelt seine Unterdrückung ab. Es kämpft für seine Identität, Kultur und Sprache und um sein Selbstbestimmungsrecht.

Dagegen steht die Politik des Faschismus: kein Tag vergeht ohne Massaker. 248 außergesetzliche Hinrichtungen und 255 Morde, bei denen die Täter angeblich "unbekannt" blieben. Dies sind Zahlen allein aus den letzten 8 Monaten.

Die Oligarchie befindet sich in jeder Hinsicht in einer Sackgasse. Özal und große Teil der Bourgeoisie hatten auf eine Strategie nach amerikanischen Vorbild gesetzt. Sie sollte in einem langfristigen Zeitraum greifen, aber schon jetzt, in ihrer Anfangsphase funktioniert sie nicht. Denn die anhaltende Kriese der Oligarchie fesselt sie an die Methoden ihre traditionellen Politik der Unterdrückung; Massaker, Assimilation, durch Militäraktionen erzwungene Flüchtlingsströme.

Staatspräsident und Ministerpräsident bedrohen in ihren offiziellen Erklärungen das Volk in aller Offenheit. Als Folge davon werden immer häufiger kurdische Intellektuelle, wie kürzlich erst Musa Anter, Opfer von Killern, die wie Todesschwadronen in Lateinamerika vorgehen.

Diese Mordserien liegen auf der strategischen Linie der Oligarchie. Deren Absicht ist es, die zivilfaschistischen Kräfte (Graue Wölfe) stärker als Mittel im "schmutzigen Krieg" gegen das Volk einzubinden und zu organisieren. Das war schon in der Vergangenheit so. Der Staat will mit ihrer Hilfe seine angeschlagenen Kräfte neu beleben.

Der Krieg gegen das Volk wird auf der Ebene der Militärs, der Spezialeinheiten und der Konterguerilla geführt. Gerichtswesen, justizielle Normen und die zivile Administration

sind darin so gut wie bedeutungslos geworden.

Die Nationale Bewegung entwickelt angesichts dieser Tatsachen jedoch keineswegs die notwendige Dynamik, mit der die revolutionäre Situation in Kurdistan weiter vorangebracht werden könnte. Im strategischen Sinn befindet sie sich in einer Sackgasse. Ihr Ziel ist nicht die Revolution. Stattdessen richtet sie ihre ganze Energie darauf, die Oligarchie an den Verhandlungstisch zu zwingen. Mit einer Versöhnungspolitik soll in Verhandlungen eine Föderation durchgesetzt werden.

Die Entwicklung des Niveaus und der Intensität des Befreiungskrieges verläuft in Kurdistan regional ungleichzeitig. Diese Tatsache nutzt das Militär zu seinem Vorteil. Regionen, in denen der Kampf bereits ein hohes Niveau erreicht hat, werden militärisch abgeriegelt und isoliert.

Weil die Einheit zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk, und die Verbindung zwischen den Kampffronten wenig entwickelt sind, eröffnet sich dem Faschismus die Möglichkeit, einzelne Zentren einzukreisen und mit überlegenen Kräften anzugreifen.

Letztes Beispiel ist das Massaker in Sîrnak, wo inzwischen der überwiegende Teil der 35.000 Einwohner infolge der Militäraktionen die Stadt verlassen hat.

Die Regionen, in denen der Kampf weit fortgeschritten ist, werden vom Nationalen Sicherheitsrat zur Kriegszone erklärt. Offiziell heißt es, "Menschenrechtsverletzungen darf in diesem Gebiet nicht nachgegangen werden". Die Politik der Oligarchie in Kurdistan ist eine Politik der "verbrannten Erde"; das Volk/die Menschen sollen vertrieben werden.

Die Politik der Oligarchie zielt auf die Spaltung des kurdischen und des türkischen Volkes. Statt diese Politik zu durchkreuzen, baut die Nationale Bewegung künstliche Hindernisse zwischen den Völkern auf. Statt auf die Revolutionäre Bewegung in der Türkei zuzugehen, erweckt sie den Eindruck diese Bewegung existiere überhaupt nicht. Diese Politik und Haltung ist nur die andere Seite der angestrebten Verhandlungsbemühungen und Reformbestrebungen der Nationalen Bewegung. All dies dient den Interessen der Oligarchie.

Dem kurdischen Volk droht eine ähnliche Tragödie, wie sie vor ihr schon andere Volksbewegungen in einer revolutionären Situation erfahren haben.

Die einzige Alternative dem gegenüber ist der vereinte Kampf des kurdischen Volkes und der Völker der Türkei. Nur gemeinsam können sie die Oligarchie besiegen und die Macht ergreifen.

DAS KURDISCHE VOLK UND DAS TÜRKISCHE VOLK SIND GESCHWISTERVÖLKER

Nichts und niemand kann die Völker miteinander verfeinden - die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten werden dies nicht zulassen. Das faschistische Regime schürt den Haß unter den Völkern. Der türkische Nationalismus und Chauvinismus läßt sich nur überwinden, wenn es den Revolutionären gelingt, die Völker von der Notwendigkeit der Verständigung und des gemeinsamen Kampfes zu überzeugen.

Das kurdische Volk und die Völker der Türkei haben einen gemeinsamen Feind; sie werden sich auch gemeinsam befreien. Das kurdische Volk steht nicht allein und ist im Besitz einer revolutionären Alternative. Die Werktätigen und die Revolutionäre Bewegung stehen an seiner Seite. Die Revolutionäre Bewegung kämpft für die Befreiung aller Völker der Türkei.

Die Unterdrückung durch den Faschismus ist allen Völkern gemeinsam. Sie werden auch eine gemeinsame Zukunft haben. Ihre gemeinsame Organisation im Kampf wird die Befreiung von Imperialismus, Faschismus und Oligarchie beschleunigen.

NIEMAND WIRD DIE ZUKUNFT DES KURDISCHEN VOLKES AUFHALTEN!

DIE MASSAKER WERDEN NICHT VERGESSEN!

DIE FEINDE DES KURDISCHEN VOLKES WERDEN IHRER STRAFE NICHT ENTGEHEN!

VÖLKER GEMEINSAM IM KAMPF SIND UNBESIEGBAR!

ES LEBE DIE GESCHWISTERLICHKEIT DER VÖLKER!

